



Protokoll des Zürcher Kantonsrates

213. Sitzung, Montag, 29. April 2019, 8.15 Uhr

Vorsitz: *Yvonne Bürgin (CVP, Rüti)*

Verhandlungsgegenstände

1. Mitteilungen

- Antworten auf Anfragen Seite 13690
- Ratsprotokolle zur Einsichtnahme Seite 13691
- Geburtstagsgratulation Seite 13691

2. Genehmigung der Rechnung und des Geschäftsberichts der Zürcher Kantonalbank für das Jahr 2018

Antrag des Bankrates der Zürcher Kantonalbank vom 28. Februar 2019 und Antrag der Aufsichtskommission über die wirtschaftlichen Unternehmen vom 4. April 2019

KR-Nr. 75a/2019 Seite 13692

3. B. Einführungsgesetz zum Krankenversicherungsgesetz (EG KVG)

Antrag der Redaktionskommission vom 3. April 2019

Vorlage 5313d Seite 13719

Verschiedenes

- Neu eingereichter parlamentarischer Vorstoss Seite 13742
- Einladung zum Apéro Seite 13743

Geschäftsordnung

Ratspräsidentin Yvonne Bürgin: Nach der Ratspause findet die Legislaturabschlussfeier mit Verabschiedung der scheidenden Mitglieder

des Kantons- und Regierungsrates mit anschliessendem Apéro statt. Wir werden also mit Traktandum 3 vor der Pause abschliessen.

Wünschen Sie das Wort zur Geschäftsliste? Das ist nicht der Fall. Dann fahren wir fort wie vorgesehen.

1. Mitteilungen

Antworten auf Anfragen

Ratspräsidentin Yvonne Bürgin: Der Regierungsrat hat uns die Antworten auf 16 Anfragen zugestellt:

- KR-Nr. 27/2019, Entwicklung neuer Abschlüsse an Höheren Fachschulen

Sabine Wettstein (FDP, Uster)

- KR-Nr. 29/2019, Situation des Prostitutionsgewerbes im Kanton Zürich

Barbara Günthard Fitze (EVP, Winterthur)

- KR-Nr. 30/2019, Schutz kritischer Internet-Infrastrukturen im Kanton Zürich

Simon Schlauri (GLP, Zürich)

- KR-Nr. 31/2019, Mobility Pricing

Hans-Jakob Boesch (FDP, Zürich)

- KR-Nr. 36/2019, Pilotversuche mit Cannabis II

Hans Egli (EDU, Steinmaur)

- KR-Nr. 38/2019, Die Universität Zürich und die Spin-offs

Judith Anna Stofer (AL, Zürich)

- KR-Nr. 39/2019, Verkehrsbehinderung durch Fahrbahnhaltestellen

Daniel Wäfler (SVP, Gossau)

- KR-Nr. 50/2019, Gleiche Messlatte für Deutschkompetenz

Erika Zahler (SVP, Boppelsen)

- KR-Nr. 51/2019, Überlastete Kantonsstrassen im Oberland

Brigitte Röögli (SP, Illnau-Effretikon)

- KR-Nr. 52/2019, Rituelle Gewalt

Maria Rita Maria Marty (EDU, Volketswil)

- KR-Nr. 53/2019, Vermögensnachbesteuerung von landwirtschaftlichen Betrieben
Beat Huber (SVP, Buchs)
- KR-Nr. 54/2019, Christbaumkulturen
Ann Barbara Franzen (FDP, Niederweningen)
- KR-Nr. 58/2019, Kickbackzahlungen an Ärzte
Hans-Peter Amrein (SVP, Küsnacht)
- KR-Nr. 79/2019, Familienbesuch mit Postraub
Daniel Wäfler (SVP, Gossau)
- KR-Nr. 81/2019, Polygamie im Kanton Zürich
Thomas Lamprecht (EDU, Bassersdorf)
- KR-Nr. 98/2019, Ausrücken der Polizei wegen Asylbewerbern im Kanton Zürich
Barbara Grüter (SVP, Rorbas)

Ratsprotokolle zur Einsichtnahme

Auf der Webseite des Kantonsrates sind einsehbar:

- Protokoll der 209. Sitzung vom 25. März 2019, 14.30 Uhr
- Protokoll der 210. Sitzung vom 1. April 2019, 8.15 Uhr
- Protokoll der 211. Sitzung vom 8. April 2019, 8.15 Uhr
- Protokoll der 212. Sitzung vom 15. April 2019, 8.15 Uhr

Geburtstagsgratulation

Ratspräsidentin Yvonne Bürgin: Wir haben heute ein Geburtstagskind: Hans-Jakob Boesch wird heute 40 Jahre alt. Er ist schon wacker am Entgegennehmen der Gratulationen. Auch ich gratuliere ihm und wünsche ihm alles Gute. (*Applaus.*)

2. Genehmigung der Rechnung und des Geschäftsberichts der Zürcher Kantonalbank für das Jahr 2018

Antrag des Bankrates der Zürcher Kantonalbank vom 28. Februar 2019 und Antrag der Aufsichtskommission über die wirtschaftlichen Unternehmen vom 4. April 2019

KR-Nr. 75a/2019

Ratspräsidentin Yvonne Bürgin: Eintreten auf die Vorlage ist obligatorisch. Zu diesem Geschäft begrüsse ich den Präsidenten des Bankrates der Zürcher Kantonalbank (ZKB), Jörg Müller-Ganz, ganz herzlich.

Ich möchte Ihnen noch kurz den Behandlungsablauf, wie ihn die Geschäftsleitung festgelegt hat, darlegen: Wie immer macht die Eröffnung der Präsident der AWU (*Aufsichtskommission über die wirtschaftlichen Unternehmen*), Beat Bloch. Danach hat der Präsident des Bankrates der ZKB, Jörg Müller-Ganz, das Wort, danach, sofern gewünscht, alle Fraktionssprecherinnen und Fraktionssprecher. Sie alle haben zehn Minuten Redezeit. Die übrigen Mitglieder des Rates haben je fünf Minuten. Danach schliessen die Vertretung der ZKB und der Kommissionspräsident der AWU mit einer Replik die Debatte.

Beat Bloch (CSP, Zürich), Präsident der Aufsichtskommission über die wirtschaftlichen Unternehmen (AWU): Digitalisierung, Globalisierung und Automatisierung sind nach Ansicht des Bankratspräsidenten die Herausforderungen der nächsten Jahre. Diese Entwicklungen haben die Bank auch schon im vergangenen Jahr beeinflusst und das anspruchsvolle Marktumfeld geprägt. Auch die regulatorischen Vorgaben und das Negativzinsumfeld sind immer noch Herausforderungen, denen sich die Bank des Kantonsrates stellen muss. Die ZKB hat sich diesen Herausforderungen im vergangenen Jahr nicht nur gestellt, sie hat sie auch bewältigt und kann wiederum auf ein sehr erfolgreiches Geschäftsjahr zurückblicken.

Das Stammhaus hat einen Geschäftserfolg von rund 741 Millionen Franken erzielt. Dieser Erfolg ist nicht nur auf die Einnahmen zurückzuführen, auch der Geschäftsaufwand konnte nochmals leicht gesenkt werden, was auch zum sehr guten Ergebnis beigetragen hat. Wichtigster Ertragspfeiler ist nach wie vor der Netto-Zinserfolg, der gegenüber dem Vorjahr nochmals um fast 1 Prozent gestiegen ist und wiederum klar mehr als die Hälfte des Geschäftsertrages ausmacht. Der zweite Geschäftsbereich, der massgeblich zum Erfolg beigetragen hat, ist das Kommissions- und Dienstleistungsgeschäft, das seinen Ertrag nach der letztjährigen Steigerung von mehr als 5 Prozent nochmals um über

2 Prozent steigern konnte. Die Erträge aus dem Handelsgeschäft gingen um rund 13,5 Prozent zurück und trugen 272 Millionen Franken zum Geschäftserfolg bei. Gesamthaft konnten die Mehrgewinne im Zinsgeschäft und im Kommissionsgeschäft sowie die Einsparungen beim Geschäftsaufwand den Minderertrag im Handelsgeschäft nicht ganz ausgleichen. Bemerkenswert ist jedoch, dass die ZKB das gute Resultat erzielen konnte und gleichzeitig den Reserven für allgemeine Bankrisiken noch einen Betrag von 200 Millionen Franken zuweisen konnte. Das Resultat zeigt auch, dass die ZKB dank einer guten Diversifikation auch Ertragsrückgänge in einem Bereich auffangen kann. Das Ergebnis ist ein Erfolg der ganzen Bank, aller Mitarbeitenden in der ZKB auf allen Ebenen. Nicht nur die Bank, auch die Mitarbeitenden in der Bank haben ausgezeichnet gearbeitet. Dafür gebührt der Bank, den Verantwortlichen und allen Mitarbeitenden Dank und Respekt.

Die ZKB hat aber im vergangenen Jahr nicht nur ein gutes Ergebnis erzielt, sie hat auch ihr Eigenkapital vergrössert. Die anrechenbaren Eigenmittel betrugen Ende Jahr 12'658 Millionen Franken. Die von der FINMA geforderte Eigenkapitalquote erfüllt die ZKB nach wie vor deutlich.

Auch bei den anderen Kennzahlen erreicht die ZKB sehr gute Werte. So erreicht die Liquidity Coverage Ratio einen Wert von 126 und liegt deutlich über dem geforderten Wert von 100. Auch die übrigen Kennzahlen, wie die Leverage Ratio, zeigen auf, dass die ZKB sehr gut dasteht.

Gute Abschlusszahlen und erfüllte Kennzahlen entbinden die Aufsichtskommission jedoch nicht davon, die Tätigkeiten der Bank genauer anzuschauen. Dies haben wir auch im vergangenen Geschäftsjahr gemacht, vorab indem die AWU den Bericht zur aufsichtsrechtlichen Prüfung des Geschäftsjahres, der von der Ernst & Young AG (*Revisionsgesellschaft*) im Auftrag und nach Vorgaben der FINMA erstellt wurde, eingehend mit dem Bankratspräsidium und den Vertretern der Prüfungsgesellschaft besprochen hat. Daneben hat die AWU auch einige Schwerpunkte beim Leistungsauftrag näher angeschaut. Die Kommission liess sich über das Bankdienstleistungsangebot für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer durch die ZKB berichten. Die ZKB hat in diesem Bereich aufgezeigt, dass sie neben einem umfassenden Beratungs- und Betreuungsangebot auch bei der Vorsorge, im Anlagegeschäft und bei Finanzierungen für Arbeitnehmende einen umfassenden Service anbietet. Bei der jährlich durch die Subkommis-

sion durchgeführten Visitation wurde den Kommissionsmitgliedern ein umfassender Einblick in das Research der ZKB geboten.

Abschliessen konnte die ZKB den Steuerstreit mit den USA. Die AWU wurde transparent und zeitnah über die laufenden Abschlussarbeiten unterrichtet. Im Nachgang zum Abschluss hat sich die AWU auch über die Erkenntnisse der Bank aus dem jahrelangen Steuerstreit und die getroffenen Konsequenzen für die zukünftigen grenzüberschreitenden Tätigkeiten informieren und sich auch die Folgen für das Personal erläutern lassen. Die Kommission konnte sich davon überzeugen, dass die ZKB die Lehren aus der Angelegenheit gezogen hat und Massnahmen ergriffen worden sind, um ähnliche Auseinandersetzungen mit ausländischen Behörden in Zukunft vermeiden zu können.

Aufgrund der letztjährigen Kritik der Kommission an der Wiederwahl der bisherigen Revisionsgesellschaft ohne Ausschreibung des Mandates hat die ZKB für die nächste Bestellung der Revisionsgesellschaft ein Ausschreibungsverfahren durchgeführt. Die Revisionsgesellschaft wird nächstes Jahr wiederzuwählen sein und dann wird der Antrag der ZKB auch vorliegen.

Die AWU hat in den letzten vier Jahren als Oberaufsicht die politische Aufsicht über die ZKB ausgeübt. In dieser Zeit hat die ZKB dem Kanton Zürich und den Gemeinden mehr als 1,3 Milliarden Franken an Gewinn ausgeschüttet, ist daneben für die Kapitalkosten des Dotationskapitals aufgekommen und hat eine Abgeltung für die Staatsgarantie bezahlt. Sie ist in der gleichen Zeit den Aufgaben des Leistungsauftrags nachgekommen, hat mehrere hundert Lehrlinge ausgebildet und war Arbeitgeberin von zuletzt mehr als 5100 Mitarbeitenden. Die Parlamentsbank, die Bank der Zürcherinnen und Zürcher, ist damit auch ein bedeutender Wirtschaftsfaktor im Kanton Zürich. Sie trägt mit ihren Dienstleistungen und ihrer Stabilität zum Wohlstand in diesem Kanton bei und ist Teil des Standortvorteils des Kantons Zürich. Es sind verschiedene Vorstösse im Kantonsrat hängig, die an der Institution ZKB Änderungen vornehmen lassen wollen. Ich persönlich bin der Meinung, dass dieser Rat genau prüfen soll, was und in welchem Umfang an der ZKB geändert werden soll. Änderungen sind schnell gemacht, Änderungen zurückzunehmen ist oft aufwendig und kostspielig.

Gemäss Paragraf 6 des Kantonalbankgesetzes haftet der Kanton Zürich für alle Verbindlichkeiten der ZKB, soweit deren Mittel dafür nicht ausreichen. Die Revisionsstelle erstellt jährlich einen vertraulichen Bericht über die wirtschaftliche Lage der Bank im Hinblick auf die Staatsgarantie. Dieser Bericht wird der Aufsichtskommission zu-

gestellt. Darin werden die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Bank, die Eigenmittelsituation, die Wertberichtigungen und Rückstellungen sowie die Liquiditätssituation beschrieben und beurteilt. Die Revisionsstelle hat folgende Gesamtbeurteilung abgegeben, die auch allen Kantonsräten mitgeteilt wurde, Zitat: «Unter Würdigung der wirtschaftlichen Lage der Zürcher Kantonalbank per 31. Dezember 2018 bestehen keine Hinweise, die auf eine Inanspruchnahme der Staatsgarantie schliessen lassen würden.» Auch die Aufsichtskommission hat bei ihrer Tätigkeit keinerlei Anzeichen festgestellt, die darauf hinweisen, dass ein Staatsgarantiefall eintreten könnte.

Die Zusammenarbeit zwischen der Aufsichtskommission und der ZKB war auch im vergangenen Jahr zu jeder Zeit gut. Die von uns gestellten Fragen wurden umfassend und zeitgerecht beantwortet und den Mitgliedern der Kommission wurde mit Offenheit und Respekt begegnet. Für diese gute Zusammenarbeit möchte ich mich im Namen der Kommission herzlich bedanken. Einen Dank möchte ich auch meinen Kolleginnen und Kollegen in der Kommission aussprechen für die professionelle Arbeit, die in den letzten vier Jahren geleistet wurde. Und ein Dank geht auch an Michael Weber, der uns in der letzten Zeit als Kommissionssekretär begleitet hat.

Die Aufsichtskommission über die wirtschaftlichen Unternehmen hat die Rechnung und den Geschäftsbericht 2018 der Zürcher Kantonalbank beraten und zur Kenntnis genommen. Der Leistungsauftrag wird erfüllt und das Reglement über die Entschädigung der Mitglieder des Bankrats der Zürcher Kantonalbank eingehalten.

Die AWU beantragt dem Kantonsrat einstimmig die Genehmigung von Rechnung und Geschäftsbericht der Zürcher Kantonalbank für das Jahr 2018 und die Entlastung der Bankorgane.

Jörg Müller-Ganz, Präsident des Bankrates der Zürcher Kantonalbank (ZKB): Mit der Abnahme unseres Geschäftsberichts geht heute bekanntlich eine Legislaturperiode zu Ende. Ich möchte deshalb an dieser Stelle erst mal Danke sagen. Ich danke der Aufsichtskommission unter der Leitung ihres Präsidenten Beat Bloch für die breite und tiefe Obergaufsicht während der letzten vier Jahre. Die Arbeit war von gegenseitiger Wertschätzung und Vertrauen geprägt. Dies erlaubte den Organen der Bank, weit über den gesetzlichen Auftrag hinaus Einblick und Auskunft über alle Aspekte des Geschäfts und über vertrauliche Projekte zu geben. Ich danke auch den Vertretern der Geschäftsleitung des Kantonsrates, mit denen wir uns periodisch zu aktuellen Themen austauschen konnten. Und auch der Subkommission Bankenwesen der

Geschäftsleitung, mit der wir uns bezüglich der bundesrechtlichen Eigenmittelanforderungen konstruktiv und erfolgreich abstimmen durften. An dieser Stelle bedanke ich mich auch bei meinen Kollegen im Bankpräsidium, bei der Bankratskollegin und den Bankratskollegen, der Geschäftsleitung und allen über 5000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Bank, die verantwortungsvoll, impulsgebend und leidenschaftlich zum starken Resultat des Geschäftsjahrs 2018 beigetragen haben.

Das Ende einer Legislaturperiode – meiner zweiten – gibt mir die Gelegenheit, etwas über das Ergebnis des letzten Jahres hinaus zu schauen. Die aktuelle Studie der Volkswirtschaftsdirektion des Kantons Zürich zum Finanzplatz Zürich 2019/2020 zeigt, dass der Finanzplatz Zürich einerseits überproportional zum Wohlstand beiträgt und andererseits mit seinem öffentlichen Engagement die Lebensqualität in unserem Kanton stark fördert. 10 Prozent aller Beschäftigten im Kanton Zürich sind im Finanzsektor tätig, das sind 91'000. Darunter sind allein 3500 Ausbildungsplätze. Fast jeder fünfte Franken der Wertschöpfung im Kanton Zürich wird durch die Finanzindustrie generiert. Insgesamt entsteht fast die Hälfte der Wertschöpfung des Schweizer Finanzsektors im Kanton Zürich.

Ziemlich genau vor 150 Jahren, am 18. April 1869, wurde die neue Kantonsverfassung des Kantons Zürich als damals modernste Verfassung in der Schweiz mit 61 Prozent der Stimmen vom Volk angenommen. Neben Referendum, Initiative, Volkswahl von Regierungs- und Ständerat wurde mit Artikel 24 eben auch die Errichtung einer Kantonalbank verfassungsrechtlich festgeschrieben. Der Auftrag lautete damals – wie heute gemäss Paragraf des gültigen ZKB-Gesetzes: «Sie» – die Bank – «befriedigt die Anlage- und Finanzierungsbedürfnisse durch eine auf Kontinuität ausgerichtete Geschäftspolitik.» Die Zürcher Kantonalbank ist 150 Jahre später mit einem Marktanteil von rund 50 Prozent in allen Geschäftsbereichen unbestrittene Marktführerin im Kanton. Dies ist zumindest eine quantitative Messgrösse, die zeigt, dass der Leistungsauftrag erfüllt wird. 1,5 Millionen natürliche und juristische Personen zählt unser Kanton. 940'000, also knapp zwei Drittel davon, sind Kunden der Zürcher Kantonalbank. Das ist die Grundlage für die langjährige Stabilität der Ertragskraft und damit auch die berechenbare Konstanz in ihren Ausschüttungen an Kanton und Gemeinden in der Höhe von 5 Milliarden Franken allein in den letzten zehn Jahren. Dies ist aber auch die Grundlage für die grosse Verantwortung, die Bankrat und Geschäftsleitung, aber auch der Kantonsrat für den grössten Einzelwert in der Bilanz des Kantons Zürich zu übernehmen haben. Gewisse Finanzdienstleistungen, wie sie die

Zürcher Kantonalbank erbringt, sind eine Basisversorgung, wie beispielsweise auch die Energie- und Verkehrsinfrastruktur. Ein längerfristiger Ausfall unseres – und damit Ihres – Zahlungsverkehrs, die Blockierung Ihrer Spargelder oder ein Ende der Kreditversorgung wären ein gewaltiger Schaden für die Einwohner und Unternehmer des Kantons. Angesichts der Bedeutung des Kantons Zürich und der Markstellung unserer Bank wurde die Zürcher Kantonalbank von der Nationalbank als systemrelevant für die ganze Schweiz erklärt und deshalb auch von der FINMA (*Eidgenössische Finanzmarktaufsicht*) dauernd und intensiv durchleuchtet. Aufgrund ihrer profunden Kenntnisse über die Risikosituation unserer Bank stuft uns damit auch die FINMA in der besten ihrer Beurteilungsstufen ein. Damit dürften wir vermutlich bei den systemrelevanten Banken – die Beurteilungen der FINMA sind nicht öffentlich – Klassenbeste sein.

Die Zürcher Kantonalbank zählt nach bald 150 Jahren nicht nur zwei Drittel aller Privatpersonen und Unternehmen im Kanton Zürich zu ihren Kunden, sondern ist heute vor allem auch für Unternehmen und Pensionskassen die einzige lokale Alternative als Universalbank mit dem gesamten Spektrum von Finanzdienstleistungen zu den beiden Grossbanken (*UBS und Credit Suisse*). Dies wird uns immer wieder von Unternehmensvertretern bestätigt. Neben den beiden Grossbanken ist nur die Zürcher Kantonalbank in der Lage, komplexe Konsortialkredite mit mehreren Parteien zu arrangieren. Unser Leasing für Industriegüter, aber auch für Landwirtschaftsmaschinen ist ein Leistungsangebot, welches von keiner anderen Inlandbank angeboten wird. Mit Swisscanto Invest sind wir der drittgrösste Schweizer Assetmanager und damit eine gern gesehene Partnerin für die Bereitstellung von Fonds sowohl für Schweizer Pensionskassen wie für private kleine und grosse Anleger. Mit Swisscanto Invest haben wir im Dezember 2018 einen 150 Millionen grossen Fonds lanciert, mit welchem wir Investitionen in Start-up-Unternehmen in der Wachstumsphase machen. Damit haben wir in der Schweiz Neuland beschritten und leisten einen weiteren grossen Beitrag für Schweizer Jungunternehmen. Der Research unserer Bank – Beat Bloch hat es gesagt – beurteilt heute 130 Schweizer Unternehmen und öffentliche Körperschaften. Keine Bank der Schweiz beurteilt mehr. Damit leisten wir einen wichtigen Beitrag für kleine und mittlere börsenkotierte Schweizer Organisationen, die ohne uns keine Beachtung fänden und damit auch keine Käuferinnen und Käufer für ihre Obligationen hätten. Die Zürcher Kantonalbank hat auch 2018 in Anzahl und Volumen die meisten Schweizer Kapitalmarkttransaktionen für Eigenkapital und Fremdkapital durchgeführt, also mehr als etwa die UBS oder die

Credit Suisse. Viele Schweizer Organisationen schätzen diese Dienstleistung unserer Bank explizit. Unser Handel ist die Drehscheibe vieler Inlandbanken, die unsere Vermittlung in Anspruch nehmen für die Absicherung beispielsweise der Verzinsung von Festhypotheken oder der Währungsgeschäften. Diese Information erwähne ich deshalb, weil sie vermutlich auch heute wieder eine Frage zum Netto-Derivate-Volumen auslösen wird. Wir unterstützen über 5000 Auslandschweizer in 140 Ländern mit umfassenden Bankdienstleistungen. Und mit der Swisscanto Vorsorge AG bieten wir Unternehmen effiziente Pensionskassenlösungen an.

Die Zürcher Kantonalbank ist damit 2019, wie der Kanton Zürich, ein tragendes und wesentliches Element der Schweiz, systemrelevant. Dazu tragen spezialisierte Fachspezialisten unserer Bank bei, die in dieser Menge bei anderen Inlandbanken nicht zu finden sind, da sich diese vor allem auf das Einlage- und Hypothekargeschäft beschränken. Diese Leistung für die Volkswirtschaft des Kantons Zürich, aber auch der Schweiz wird von unseren Kundinnen und Kunden in allen Segmenten sehr geschätzt. So erzielte die Bank bei der zweijährlich durchgeführten Befragung durch ein externes Institut die besten Ergebnisse bezüglich Kundenzufriedenheit, seit dies je gemessen wurde. Bankrat und Geschäftsleitung werden alles daran setzen, dass sich dieses uns anvertraute Vermögen des Kantons Zürich auch in diesem Jahr 2019 gedeihlich entwickeln wird.

Angesichts des guten Gesundheitszustandes und des deutlich über allen regulatorischen Anforderungen liegenden hohen Eigenkapitals hat der Bankrat entschieden, anlässlich des im nächsten Jahr stattfindenden 150-Jahr-Jubiläums eine zusätzliche einmalige Sonderdividende von 150 Millionen Franken auszuschütten. Davon erhält der Kanton Zürich 100 Millionen Franken. Es würde uns natürlich freuen, wenn diese Sonderdividende für etwas Besonderes eingesetzt werden könnte. Doch dieser Entscheid liegt selbstverständlich in der Kompetenz des Kantonsrates, der massgeblich für die Gründung dieser Bank verantwortlich war.

Ich danke Ihnen jetzt schon für die Würdigung unserer Bank heute, so wie Sie es in den letzten drei Jahren getan haben.

André Bender (SVP, Oberengstringen): Die SVP-Fraktion hat die Rechnung und den Geschäftsbericht der Zürcher Kantonalbank für das Jahr 2018 besprochen, und ich nehme es vorweg: Wenn auch nicht einstimmig, werden wir ihn in allen Teilen genehmigen.

Das vergangene Geschäftsjahr war für die Zürcher Kantonalbank sehr solide und erfreulich, nicht nur wegen des Geschäftsverlaufs, sondern auch, weil im August der Rechtsstreit mit den USA sein Ende fand. Die Kommission liess sich auch über die getroffenen Massnahmen und die Aufarbeitung des Rechtsstreites informieren, wie unser Kommissionspräsident hier bereits erwähnt hat. So hat unter anderem die ZKB seit 2008 laufend die erforderlichen Massnahmen getroffen und ihr internes Kontrollsystem über Geschäftstätigkeiten mit US-Kunden verstärkt.

Mit der Auflösung von Rückstellungen im Zusammenhang mit der Einigung im US-Steuerstreit sowie dem Verkauf des Swisscanto Funds Centre in London, einer Tochtergesellschaft der Swisscanto Holding, konnte eine weitere Stärkung der Kapitalisierung vollzogen werden. Auch die ZKB Österreich AG in Salzburg hat einen Teil zum Gewinn beigetragen. In Anbetracht der anstehenden Verabschiedungen und den bekannten Fakten verzichte ich vollständig auf die Nennung des Zahlenmaterials.

Gerne möchte ich auf einige Details der ZKB und ihres Umfelds eingehen: Um das Risiko der Steuerzahler bei künftigen Krisen systemrelevanter Banken zu senken, wurden die Eigenmittelanforderungen schweizweit deutlich verschärft. Der Bundesrat hat via Verordnung die Verschärfung der Eigenmittelregelung für diese Institute, zu denen die ZKB auch gehört, beschlossen. Die neuen Regeln treten ab Anfang 2019 schrittweise in Kraft, mit einer Übergangsfrist bis 2025. Für die ZKB reduziert sich die Anforderung an das Notfallpolster um die Hälfte – wegen der Staatsgarantie. Die ZKB erfüllt aber schon heute die nach der Übergangsfrist geltenden Kapitalanforderungen. Ein weiterer Beweis, dass sie sehr gut kapitalisiert dasteht.

Bei der Diskussion um die Staatsgarantie kann ich aus persönlicher Sicht nur für die Staatsgarantie votieren. Die ZKB ist die Bank der Zürcher Bevölkerung und es wäre geradezu ein Vertrauensentzug, wenn wir die Staatsgarantie abschaffen würden. Nicht zu verachten ist, dass die Einwohner des Kantons Zürich auch einen Gegenwert dafür in Form von 22 Millionen Franken in die Staatskasse erhalten. Im Übrigen steht im Kantonalbankgesetz unter Paragraf 6, dass der Kanton Zürich für alle Verbindlichkeiten der ZKB, soweit deren Mittel dafür nicht ausreichen, haftet. Die Revisionsstelle erstellt jährlich einen vertraulichen Bericht über die wirtschaftliche Lage der Bank auch im Hinblick auf die Staatsgarantie. Auch Ende des Geschäftsjahres 2018 bestanden keine Hinweise, die auf eine Inanspruchnahme der Staatsgarantie schliessen lassen.

Die FINMA steht auf der Bremse und hat die Hürden für die Finanzierung der Hypotheken für Mietwohnungen, sogenannte Renditenobjekte, deutlich höher angesetzt, was auch einen Einfluss auf die ZKB hat, weist sie doch ein Mehrfamilienhaus-Hypothekarportfolio von 24,5 Milliarden Franken aus. Dabei gilt es auch den Leerwohnungsbestand im Auge zu behalten, der mit 1,6 Prozent so hoch ist wie 1990. Es darf erfreut festgestellt werden, dass bei der ZKB bei den vermieteten Wohnliegenschaften die durchschnittliche Nettobelehnung bei tiefen 46 Prozent liegt.

Unsere Bank konnte sich weiter diversifizieren und ist im Kommissions- und Dienstleistungsgeschäft auf einem Rekordhoch. Wäre nicht im letzten Quartal der SMI (*Swiss Market Index*) so eingebrochen, würde die durchschnittliche Marktpformance noch bessere Zahlen ausweisen.

Erfreulich fällt bei der ZKB die hohe Kundenzufriedenheit sowohl bei den Privat- wie den Firmenkunden auf, welche gegenüber den Umfragen 2016 noch gesteigert werden konnte. Ebenso erfreut nehme ich als Gemeindepräsident die Gewinnausschüttung an die Gemeinden wie auch an den Kanton zur Kenntnis, die wie im Vorjahr bei 345 Millionen Franken lag.

Im nächsten Jahr feiert die Zürcher Kantonalbank das 150-Jahr-Jubiläum. Mit einer Sonderdividende profitieren die Einwohner des Kantons Zürich finanziell. Mit der Züri-Bahn (*Seilbahn über das Seebecken in der Stadt Zürich*), dem Erlebnis-Garten und der Zeit-Reise (*beides auf der Landiwiese*) zeigt unsere Bank ihre Verbundenheit zur Stadt und zum Kanton Zürich und möchte damit den Zürcherinnen und Zürichern eine Freude bereiten.

Ein kritischer Punkt, der einmal mehr in unserer Fraktion diskutiert wurde, ist der Derivat Handel. Ist es wirklich die Aufgabe unserer Kantonalbank, mit Derivaten zu handeln, oder soll sie sich vermehrt auf den Leistungsauftrag konzentrieren? Auch die Äusserungen in einem Interview von Martin Scholl als CEO der ZKB zum Rahmenvertrag der Schweiz mit der EU wurden in der SVP-Fraktion kritisch aufgenommen, und die SVP hofft, dass Herr Scholl sich zukünftig seiner Rolle als CEO einer Staatsbank bewusst ist.

Abschliessend darf beim Blick in die Zukunft und deren Aufgaben erwähnt werden, dass in den nächsten fünf Jahren in 75'000 Unternehmungen in der Schweiz eine Nachfolgeregelung getroffen werden muss. Die meisten davon sind KMU-Unternehmen. Gerade dort ist es wichtig, dass sich unsere Kantonalbank als professionelle Beratung unterstützend zur Verfügung stellt.

Da es mein letzter Bericht in dieser AWU-Legislatur und in dieser Zusammensetzung ist, möchte ich es nicht unterlassen, unserem Sekretariat – Karin Tschumi in den ersten drei Jahren und ihrem Nachfolger Michael Weber –, den Parlamentsmitarbeiterinnen und -mitarbeitern, welche uns in der Kommission unterstützt haben, recht herzlich zu danken. Ich bedanke mich bei den Verantwortlichen der Bank für den immer offenen und respektvollen Dialog und den AWU-Kolleginnen und -Kollegen für die gute Zusammenarbeit.

Die SVP-Fraktion bedankt sich beim Bankpräsidium, speziell unserem abtretenden Bankpräsidiumsmitglied Bruno Dobler, für seinen Einsatz in den letzten acht Jahren, den Bankrätinnen und -räten, der Generaldirektion und natürlich allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihren grossen Einsatz zugunsten der Zürcher Kantonalbank und somit unseres Kantons Zürich. Die SVP-Fraktion genehmigt Rechnung und Geschäftsbericht für das Jahr 2018. Besten Dank.

Roland Munz (SP, Zürich): Von den erfreulichen Daten zum vergangenen Geschäftsjahr haben Sie ja erfahren, auch ich werde das Zahlenmaterial nicht wiederholen. Im Namen der SP-Fraktion gratuliere ich zum sehr erfreulichen Ergebnis der Bank des Zürcher Volkes.

Das Ergebnis ist nicht selbstverständlich. Wir erkennen dabei folgende Elemente als Schlüssel zum Erfolg: Eine auf Kontinuität ausgerichtete Geschäftspolitik, deren strategischer Kern langfristig gepflegt wird, die Vorgabe, keine unverhältnismässigen Risiken einzugehen, die breite Abstützung auf verschiedene Standbeine einer Universalbank, auch wenn wir mit einzelnen nicht immer gleich intensiv glücklich sind, und in der grossen Mehrheit sehr zufriedene Mitarbeitende, welche sich langfristig entwickeln können. Dass mit dem Kanton ein einzelner Eigentümer vorhanden ist, ist ebenfalls hilfreich. Dem Kanton liegt vor allem an der Sicherheit und an einem gut erfüllten Leistungsauftrag, während es logisch ist, dass andere, könnten sich auch Dritte mit kurzfristigen Renditeerwartungen beteiligen, dies anders sähen. Als Bank des Zürcher Volkes gehört die Bank dem Zürcher Volk, und zwar allen zu gleichen Teilen. Solange dem so ist, steht die SP hinter unserer Kantonalbank mit ihrem Gleichgewicht zwischen Leistungsauftrag und Staatsgarantie. Die SP hat dabei auf Bundesebene stets verlangt, dass die Staatsgarantie zu 100 Prozent anzurechnen sei bei neuen regulatorischen Vorgaben. 2018 hat nun der Bund verfügt, dass die Staatsgarantie zu 50 Prozent angerechnet wird. Das ist in unseren Augen zu wenig, aber es ist immerhin dies, denn im ur-

sprünglichen Entwurf war gar keine Anrechnung an das erforderliche Gone-concern-Kapital vorgesehen.

In diesem Zusammenhang muss uns eines bewusst sein: Wer die Staatsgarantie angreift, setzt die mühsam erreichte Anrechnung der Staatsgarantie an das erforderliche Eigenkapital der Bank aufs Spiel. Als Folge müsste Eigenkapital in Höhe von einigen 100 Millionen Franken anderweitig generiert werden; logisch, dass künftige Ausschüttungen beeinträchtigt würden, ganz abgesehen davon, dass sich dieses Parlament gegenüber Bundesbern höchst widersprüchlich positionieren würde, hat sich doch auch unsere GL (*Geschäftsleitung*) namens dieses Rates in Bern für die Anrechnung der Staatsgarantie eingesetzt, was uns gefreut hat.

Gefreut hat uns auch, dass mit den US-Behörden endlich eine Einigung gefunden wurde. Eine lange Phase der Unsicherheit fand ein Ende. Klar, die bezahlten fast 100 Millionen Franken sind viel Geld. Weil vorsichtig prognostiziert worden ist, konnte dieser Betrag aber über Jahre in den Rückstellungen aufgebaut werden, sodass das Ergebnis 2018 davon unbelastet bleibt. Und nach wie vor verfügt die Bank über eine äusserst stabile Eigenkapitalbasis und eine starke Liquidität. Sie ist eine der sichersten und bestkapitalisierten Banken weltweit. Dem tragen die Rating-Agenturen Rechnung, indem die ZKB erneut Bestnoten erhält, nach Abschluss des US-Steuerstreits sogar noch mit verbessertem Ausblick. Dank gutem Rating kann günstig Kapital beschafft werden. Auf der anderen Seite würde es sofort teuer, würde das Rating schlechter. Dass die grossen Agenturen eine so grosse Macht haben, passt mir gar nicht. Diese Machtkonzentration ist ein Übel, aber sie ist eine Tatsache, die einfach zu ignorieren sehr teuer würde. Und in den öffentlichen Ratingberichten steht klar, wann die Bestnoten der ZKB in Gefahr geraten, nämlich bei einer Beschränkung der Staatsgarantie. Oder es wäre ebenfalls der Fall, wenn die Politik anderweitig für Unsicherheit sorgt. Ein Beispiel: Aktuell hat die Bank für rund 12 Milliarden Franken Anleihen ausgegeben. Wenn infolge eines leicht verschlechterten Ratings künftig Geld beispielsweise zu einem um einen Viertel höheren Zins aufgenommen werden müsste, dann wären mittelfristig 30 Millionen Franken pro Jahr an Zinsen zu bezahlen, einzig als Resultat von erzeugter Unsicherheit.

Ich bitte Sie alle in diesem Saal, sich dessen bewusst zu sein. Das gilt übrigens nicht nur dann, wenn Sie Hand an die Staatsgarantie anlegen, nein, auch weitere Themen rufen Verunsicherung hervor. Und für Unsicherheit sorgen dabei noch nicht einmal gewisse Vorstösse an sich, sondern vor allem der daran anschliessende langwierige parlamentari-

sche Prozess. Und über Jahre haben ja die FINMA und die Rating-Agenturen ausgesagt, die Politik sei ein relevanter Unsicherheitsfaktor bei Kantonalbanken. Ob das zu Recht oder zu Unrecht ausgesagt wurde, kann zunächst einmal egal sein. Mitgliedern der AWU, der Geschäftsleitung dieses Rates und weiteren ist es gelungen, solche Vorbehalte etwas einzudämmen. Ich persönlich finde es unklug, dies aufs Spiel zu setzen durch Vorstösse zu Themen, für die wir doch eigentlich kompetente Fachleute in den Bankrat wählen. Und liebe Anwesende, eine Bitte: Soll die AWU die wichtige Obergeraufsicht über den Bankrat weiterhin effektiv wahrnehmen, so braucht sie Mitglieder, die bereit sind, der Kommission die Treue zu halten, auch wenn einen weniger Auftritte im Rat und dafür mehr Einarbeitungsaufwand erwarten. Ersetzen die Fraktionen aber laufend die Kommissionsabordnungen, wäre das ein sicherer Weg, die Obergeraufsicht zu sabotieren.

Abschliessend bedanke ich mich namens der Sozialdemokratischen Fraktion bei allen Mitarbeitenden der Zürcher Kantonalbank für ihre Arbeit, die sie im vergangenen Jahr geleistet haben. Wir gratulieren zum sehr guten Ergebnis. Wir sind erfreut, dass pro Kopf der Bevölkerung ein konstanter Beitrag für die Erfüllung des Leistungsauftrags eingesetzt wurde, denn mit einem wachsenden Kanton bei wachsender Wirtschaft soll der Einsatz der Bank für den Leistungsauftrag mindestens Schritt halten. Wir stimmen der Vorlage zu und bitten Sie, es uns gleich zu tun.

Und ganz zum Schluss noch eine persönliche Bemerkung: Die Jahre in der AWU gehörten zum Interessantesten, was ich in meiner Kantonsratszeit erleben durfte. Ich möchte allen Involvierten danken für die konstruktiven Dialoge, die wir dabei führten, und zwar gerade auch dann, wenn unterschiedliche Anschauungen aufeinander prallten. Stets zeichnete sich die Arbeit mit den drei Unternehmen (*neben der ZKB die Elektrizitätswerke des Kantons Zürich und die Gebäudeversicherung Kanton Zürich*) durch gegenseitige Wertschätzung aus. Dafür gebührt allen in der Kommission, bei den Parlamentsdiensten und den Unternehmen mein herzlicher Dank. Bedanken möchte ich mich auch für die vielen Abschiedsworte, die ich aus diesen Kreisen entgegennehmen durfte. Sie haben mich sehr berührt und deshalb bitte ich auch persönlich um Zustimmung zur Vorlage in allen Punkten.

Beat Habegger (FDP, Zürich): Die ZKB, wir haben es gehört, blickt auf ein erfolgreiches Geschäftsjahr zurück. Wir haben in der AWU erneut viele Gespräche mit den Verantwortlichen der Bank geführt und uns, gestützt auf die externe Revisionsstelle auch vergewissert,

dass die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage intakt ist und die aufsichtsrechtlichen Bestimmungen zur Liquidität und der Eigenkapitalsituation eingehalten sind. Wir haben auch die Einhaltung des Leistungsauftrags gemäss ZKB-Gesetz geprüft. Die ZKB hat die Berichterstattung dazu neu geordnet, was zu begrüßen ist. Die Art und Weise der Quantifizierung hat sich jedoch nicht geändert, deshalb ist auch die Zahl von 140 Millionen Franken, die gemäss Bank dafür aufgewendet wurden, mit etwas Zurückhaltung zu geniessen. Die ZKB erbringt sicher einige Leistungen, die sie als ganz normale Geschäftsbank – wenn man das so sagen darf – vielleicht nicht erbringen würde, aber die konkreten Zahlen enthalten doch ziemlich viele Annahmen, sodass die genaue Höhe letztlich nicht so relevant ist.

Positiv erwähnen möchte ich, dass die ZKB nach einiger Kritik durch die AWU die Vergabe des Mandats für die externe Revision für die Geschäftsjahre 2021 und 2022 in einem Wettbewerbsverfahren bestimmen lässt. Ich denke, es ist wichtig, dass nach vielen Jahren der Kontinuität eine solche Überprüfung stattfindet und die verantwortlichen Gremien vergleichende Entscheidungsgrundlagen erhalten, um ihre Beschlüsse zu fassen.

Nach den sehr guten Ergebnissen der Mitarbeiterzufriedenheitsumfrage im Vorjahr hat auch die Umfrage zur Kundenzufriedenheit sehr gute Ergebnisse gebracht. Das Vertrauen der Kunden ist natürlich zentral für eine erfolgreiche Geschäftsentwicklung und insofern stimmt diese Umfrage auch optimistisch für die Zukunft.

Dennoch wachsen auch bei der ZKB die Bäume nicht in den Himmel. Die Ertragslage, die leicht rückläufig war gegenüber den Vorjahren, wird angesichts des schwierigen Zinsumfelds nicht einfacher zu halten sein. Ebenso anspruchsvoll bleiben die anderen Geschäftsbereiche im Dienstleistungs- und Handelsgeschäft. Insofern ist Disziplin zentral, gerade bei der Selektion der Risiken, und es ist Wachsamkeit geboten, gerade natürlich auch auf der Kostenseite. Davon auszugehen, dass die Geschäfte sich immer so positiv entwickeln wie in den letzten Jahren, wäre gefährlich. Hier stehen der Bankrat und der Kantonsrat in der Pflicht, die Aufsicht genau wahrzunehmen.

In diesem Zusammenhang möchte ich auch kurz etwas zur Kapitalisierung der Bank sagen: Mit rund 20 Prozent Gesamtkapitalquote ist die ZKB gut aufgestellt, auch im Hinblick auf die neudefinierten Kapitalanforderungen an die national systemrelevanten Banken. Es wurde heute schon einiges gesagt, auch zum gesetzlichen Rahmen, in dem sich die Kantonalbank bewegt. Hier ist einfach zu bemerken, dass die Ausgangslage schon sehr gut ist. Und gerade weil sie gut ist, sind wir

als Kantonsrat gefordert, in dieser Lage – und eben nicht erst in der nächsten Krise – genau zu hinterfragen, ob der gesetzliche Rahmen, so wie wir ihn heute haben, auch der Bank weiterhin angemessen ist. Ich sage jetzt auch schnell etwas zur Staatsgarantie, wenn sie schon angesprochen wurde, und auch etwas zur Kapitalisierung: Ich glaube, bei der Kapitalisierung hat die ZKB in den letzten Jahren enorm von den sehr guten Geschäftsergebnissen profitiert, die es erlaubt haben, aus den Gewinnreserven die Kapitalbasis aus eigener Kraft zu stärken. Das ist natürlich sehr erfreulich. Aber die Frage ist dann: Was ist, wenn dies nicht mehr so möglich ist? Dann bleiben nur entweder die Erhöhung des Dotationskapitals – das kann der Kantonsrat beschliessen, aber das belastet natürlich auch unseren Finanzhaushalt – oder der Rückzug aus bestimmten Geschäften. Ich glaube, wenn man sich diese Alternativen letztlich vor Augen führt, wäre es durchaus sinnvoll, wenn die ZKB in Zukunft auch wieder andere Möglichkeiten erhielte, ihre Kapitalbasis zu stärken, wie es etwa in der Vergangenheit auch durch die Ausgabe von Partizipationsscheinen diskutiert wurde.

Noch schnell zur Staatsgarantie: Es ist klar, dass die unbeschränkte Staatsgarantie – das kann man nicht einfach wegdiskutieren – natürlich potenzielle Risiken für den Kanton Zürich birgt. Es wurde gesagt, der Kanton muss für alle Verpflichtungen der Bank geradestehen – für alle; also nicht für ausgewählte, sondern für alle. Und wenn man sich die Lage der Bank heute anschaut, könnte diese Risikoposition eigentlich problemlos eliminiert werden. Die ZKB würde auch ohne Staatsgarantie hervorragend funktionieren. Sie würde auch ihre Leistungen ebenso gut erbringen. Man kann auch den Leistungsauftrag zumindest in einem ähnlichen oder im gleichen Umfang wie heute sogar beibehalten. Und sie könnte auch ihr ausgezeichnetes Rating verteidigen. Da sind wir dann schon in einem sehr kleinen Bereich der Abstufung bei den Ratings mit oder ohne Staatsgarantie. Die ZKB wäre auch ohne Staatsgarantie eine der bestkapitalisierten Banken auf diesem Planeten.

Nun ja, das waren jetzt schon ein paar Ausblicke in die Zukunft und gewissermassen in die neue Legislatur, die laufende Amtszeit geht ja heute zu Ende. Ich möchte es auch nicht versäumen, den Verantwortlichen der Bank, dem Bankpräsidium, dem Bankrat und den Mitarbeitenden der ZKB für ihren Einsatz und die guten Leistungen in den letzten Jahren zu danken; dies natürlich auch im Namen meiner Fraktion. Und schliesslich möchte auch ich kurz den Kolleginnen und Kollegen der AWU für die Zusammenarbeit in den letzten Jahren danken, insbesondere auch dem Präsidenten Beat Bloch für die umsichtige

Führung der Kommission während der ganzen Legislatur. Die FDP-Fraktion genehmigt Rechnung und Geschäftsbericht für das Jahr 2018.

Cyrill von Planta (GLP, Zürich): Wie immer wird die Grünliberale Fraktion dieses Unternehmen in drei Grundfragestellungen beurteilen. Hier geht es darum: Wird der gesetzliche Auftrag erfüllt? Wird die gesetzliche Sonderstellung missbraucht? Und sind die Investitionen des Staates, das heisst von uns Zürcherinnen und Zürchern, sicher?

Nun zur Erfüllung des gesetzlichen Auftrags: Das ist schnell beantwortet, es wurde schon gesagt, der Marktanteil im klassischen Bankgeschäft im Kanton Zürich beträgt 50 Prozent. Da erfüllt die ZKB ihren Auftrag sicher.

Was die zweite Frage betrifft, den Missbrauch der Sonderstellung, da sind wir von der Grünliberalen Fraktion ein wenig kritischer. Insbesondere sehen wir es kritisch, wie das Geschäft des Private Bankings forciert wird. Wir sehen zum einen nicht ein, inwiefern dies zur Basisversorgung gehören sollte. Und zum anderen betrachten wir es als äusserst kritisch, dass im Ausland bei der ZKB Österreich mit dem «AAA-Rating» hausiert wird, das nur aufgrund unserer Staatsgarantie so existiert.

Zur Sicherheit der Investitionen, das darf einmal pro Jahr auch gesagt werden: Die grösste Position, die wir in der Bilanz haben, sind die rund 80 Milliarden Franken Hypotheken im Kanton Zürich. Entsprechend kann man sagen: Was unsere Sicherheit und die Sicherheit unserer Investition betrifft, so sind diese eins zu eins mit der wirtschaftlichen Stärke des Kantons Zürich verbunden, was ja auch wiederum ein Risiko ist, das wir als Kantonsrat managen können bis zu einem gewissen Grad.

Was die Staatsgarantie betrifft – da wurde jetzt doch schon einiges darüber gesagt –, wissen Sie, dass die Grünliberalen gegen die Staatsgarantie sind. Wenn Sie beobachten, welche Kantonalbanken eine Staatsgarantie haben, dann sind das meistens die Kantonalbanken, die noch nicht Pleite gegangen sind. Bei den Kantonen, die ihre Kantonalbanken schon mal refinanzieren mussten, wurde die Staatsgarantie im Zuge der Refinanzierung meistens abgeschafft oder zumindest abgeschwächt. Aber das ist Inhalt einer anderen Debatte.

Wenn man die Sicherheit im Weiteren beurteilen will, dann ist hier trotzdem auf die gute Kapitalisierung verwiesen, die sicher besser ist als diejenige aller anderen Banken in der Schweiz. In dieser Hinsicht kann man sagen, dass die Bank so sicher ist, wie eine Bank sicher sein kann in der Schweiz zum heutigen Zeitpunkt.

Eine andere Gefahr, die ich hier noch aufzeigen möchte, ist diejenige der Digitalisierung der Finanzdienstleistungen. Hier darf man erwarten, dass Erträge weiterhin zusammenbrechen werden. Wir haben aber den Eindruck, dass die Kantonalbank sich aktiv mit der Digitalisierung befasst und auch hier sicher nicht schlechter ist als der Rest der schweizerischen Banken.

Was wir an dieser Stelle auch noch sagen möchten: Wir freuen uns auf die Sonderdividende der Kantonalbank, verweisen aber auf die Diskussionen, die wir in der letzten Legislatur hatten, als es noch um die Erhöhung des Kapitals der Zürcher Kantonalbank ging. Es wirkt heute ein bisschen absurd, wenn wir feststellen, dass die Zürcher Kantonalbank offenbar zu viel Geld hat. So oder so freuen wir uns natürlich auf die Dividende.

Noch ein letzter Punkt, den wir auch ein wenig kritisch beurteilen, ist die externe Revisionsstelle. Es ist seit 1997 dieselbe. Wir begrüssen es, dass sie ausgeschrieben wurde, möchten uns dieses Geschäft dann aber vormerken. Es kommt 2020 in den Rat, und ich kann es hier schon mal vorwegnehmen: Wir haben unsere Bedenken, wie dieses Geschäft gelaufen ist. Aber zu den Resultaten können wir jetzt noch nicht Stellung nehmen, auch das ist ein separates Geschäft.

In diesem Sinne möchte ich Ihnen im Namen der GLP beantragen, dass wir diesem Geschäft zustimmen, den Geschäftsbericht verabschieden. Und wir möchten auch den Angestellten unseren Dank aussprechen und uns natürlich für die Dividende bedanken.

Esther Guyer (Grüne, Zürich): Auch wir Grüne freuen uns natürlich, dass die ZKB im vergangenen Jahr ein gutes Geschäftsergebnis erzielt hat und vom Gewinn dem Kanton und den Gemeinden ein hübsches Sümmechen Geld ausbezahlt hat. Neben der Steigerung im Zins- und Kommissionsgeschäft lief es im Handelsgeschäft nicht so gut wie im letzten Jahr, trotzdem kann das Ergebnis immer noch als gut bezeichnet werden. Auch im vergangenen Geschäftsjahr konnte die Bank durch Einbehaltung eines Teils des Gewinns ihre Eigenmittelbasis weiter verstärken. Die ZKB erfüllt also die regulatorischen Vorschriften nach wie vor problemlos. Gefreut hat uns speziell, dass die ZKB erfolgreich einen Green Bond am Kapitalmarkt platziert hat. Das Emissionsvolumen dieser Anleihe erreichte einen Betrag von 325 Millionen Franken. Die Gelder dieser Anleihe werden für Projekte und Investitionen im Bereich Klima- und Umweltschutz verwendet. Hier scheinen – das kann man schon sagen – professionelle Investoren wei-

ter zu sein als gewisse Ständeratskandidaten des Kantons Zürich (*gemeint ist Nationalrat Roger Köppel, Kandidat der SVP*).

Im Lagebericht sieht die ZKB auch, dass die globalen Herausforderungen im Bereich Klima und Umwelt auch Wachstumschancen für innovative Unternehmen bieten. Auch da, muss man sagen, ist sie fortschrittlicher als unsere sogenannten Wirtschaftsparteien, die das immer noch nicht kapiert haben. Trotzdem, wir denken, dass die ZKB im Bereich Klima noch mehr tun kann und mehr machen muss. Mit dem Abschluss des Klimavertrags von Paris, mit dessen Ratifizierung durch den Bund, hat die Schweiz sich auch verpflichtet, die Ausrichtung von staatlichen und privaten Finanzflüssen auf eine treibhausgasarme Entwicklung auszurichten. Hier finden wir weder ein Konzept noch ein formuliertes Ziel. Von einer Bank, die gemäss Leistungsauftrag verpflichtet ist, eine umweltverträgliche Entwicklung im Kanton Zürich zu unterstützen, erwarten wir hier eine Vorreiterrolle. Wir werden die zukünftigen Anstrengungen der Bank in diesem Bereich genauestens verfolgen.

Die Forderung der Grünen ist in diesem Bereich nicht neu. Wir haben schon bei der Abnahme des Geschäftsberichts vor einem Jahr darauf hingewiesen, dass die Bank als Finanzinstitut nach unserer Ansicht noch zu wenig tut, um dem Klimawandel aktiv entgegenzuwirken. Die ZKB ist also beim Klimaschutz gefordert, die Umsetzung umgehend voranzutreiben.

Ich bin zwar nicht Mitglied dieser Kommission, trotzdem ein grosser Dank an die Arbeit der Bank und an die Arbeit der Kommission, insbesondere natürlich an den ausgezeichneten Präsidenten. Die Grünen werden Rechnung und Geschäftsbericht der ZKB für das Jahr 2018 genehmigen.

Lorenz Schmid (CVP, Männedorf): Als Nichtmitglied der AWU ein paar Betrachtungen meinerseits zum Geschäftsbericht: Wir haben ein grossartiges Resultat, darüber freuen wir uns. Neben den üblichen 200, 250 Millionen Franken für den Kanton und 110 Millionen für die Gemeinden werden noch zusätzlich on the top 150 Millionen Franken ausgeschüttet. Das ist wunderbar, wir freuen uns darüber. Wir haben darüber zu befinden, wie nachhaltig in den Gemeinden und im Kanton diese Millionen eingesetzt werden. Ich bin überzeugt, das wird sehr viel Fantasiearbeit geben, Nachhaltigkeit ist hier gefragt. Ich freue mich auch über das Projekt der Seilbahn, es wurde hier zwar nie erwähnt. Über Nachhaltigkeit kann man hier sprechen, wie man möchte. Ich glaube aber, Nachhaltigkeit kann auch ein Gedanke sein, den man

den Zürcher Bevölkerung und auch den Touristinnen und Touristen vermitteln kann, wenn man diese Seilbahn während fünf Jahren in Betrieb hat. Auch wenn es nicht nachhaltig und substanziell ist – als Gedanke finde ich solche Ideen wunderbar. Ich glaube, auch viele Ausstellungen, die wir hatten, wie Landesausstellungen und so weiter, sind uns vorwiegend gedanklich geblieben und haben keine wirklich physische Nachhaltigkeit erzeugt.

Die Gemeinden und der Kanton konnten mit 50 Prozent am Gewinn partizipieren. Die 25-Prozent-Thesaurierung wurde auch vorgenommen, das Eigenkapital wächst also. Und die Mitarbeitenden durften auch 25 Prozent vom Gewinn in Form von zusätzlichen Boni und so weiter entgegennehmen. Ich habe mich vor zwei Jahren etwas kritisch gegenüber der Lohnpolitik der ZKB geäußert, habe den Vergleich mit der UBS und der Credit Suisse gemacht, dass der Median und der Durchschnittswert des Lohnes höher liegt als bei diesen beiden Grossbanken, musste mich aber überzeugen und belehren lassen, dass halt sehr viele polnische und indische Löhne in der UBS und Credit Suisse bezahlt werden und somit der Durchschnittswert und der Median halt tiefer liegen als bei der ZKB, die nur Schweizer Löhne zahlt. Das war für mich eine klärende Erläuterung für diesen Vergleich. Herr CEO Martin Scholl hat dieses Jahr mehr als 2 Millionen Franken verdient. Ich weiss noch von alten Bankratsmitgliedern wie Bankratspräsidenten, dass man sich immer an 2 Millionen und darunter orientiert hat. Jetzt ist es höher. Ich glaube, die Lohnfrage wird uns sicher auch in den nächsten Jahren auf dem politischen Parkett beschäftigen.

Die kritischen Bemerkungen zu Derivat Handel, zu Handel, zu Asset Management, zu Private Banking und so weiter wurden geäußert. Ist das wirklich Auftrag der ZKB? Ja, es ist eine Frage, die wir dem Eigner – uns – stellen müssen, welche Erwartungen bezüglich Gewinnausschüttungen wir bei dieser Bank haben. Wenn wir uns alljährlich daran und dieses Jahr noch an zusätzlichen Ausschüttungen erfreuen, dann hat das etwas mit unseren Erwartungen und mit der Eigenschaft der Bank zu tun. Wenn wir uns hier anders positionieren, dann dürfen wir natürlich auch nicht mehr die gleichen Erwartungen haben. Ich glaube, die Eignerstrategie wird darüber entscheiden, wie viel eine solche Bank abwirft.

Ich bin mit der Bemerkung von Roland Munz sehr einverstanden: Die Steuerung der Bank soll vorwiegend über unseren Bankrat, über die Personen und unsere politischen Vertreter geschehen, wir haben diese gewählt. Und wir haben auch Parallelen, die ich beiziehen möchte: Wir haben auch einen Bildungsrat, wir haben auch andere strategische Gremien im Gesundheitswesen, die wir wählen. Ich glaube, die Steue-

rung über Personen ist ein wichtiges Element, und diesem Element müssen wir Vertrauen schenken. Nur grosse strategische Entscheidungen sollen über parlamentarische Vorstösse wirklich auch beeinflusst werden. Andere Fragen, wie Fragen zur Entlohnung, zum Lohn, zum Klima, das sind Fragen, die wir unserem Bankrat mitgeben müssen, statt zu viel Parlamentarismus mit Vorstössen zu entwickeln. Wir haben einen Bankrat, der darüber zu befinden hat, und ihr habt alle einen Bankrat, zumindest die grösseren Fraktionen unter uns. Wir haben einen, wir sind Teil davon. Herr Bankratspräsident, nehmen Sie diese Verantwortung wahr. Wenn Sie sie nicht wahrnehmen, dann werden Sie Vorstösse aus diesem Parlament bekommen. Das ist schädlich für die Governance-Prinzipien, die wir für unsere Kantonalbank gewählt haben.

Wir genehmigen den Jahresbericht. Ich danke nochmals herzlich und freue mich auf weitere gute Zusammenarbeit.

Barbara Günthard Fitze (EVP, Winterthur): Meine Vorrednerinnen und -redner, insbesondere unser Präsident Beat Bloch, haben schon ausführlich über das erfolgreiche Geschäftsjahr der ZKB berichtet. Zu den Zahlen werde ich mich nicht mehr gross äussern.

Zum Steuerstreit mit den USA: Da konnte eine Einigung ausgehandelt werden, was den ganzen Geschäftsgang hoffentlich wieder leichter macht und die Rechtslage auch in Zukunft klar bleiben lässt. Die geopolitischen Risiken sind ja meistens nicht im Voraus kalkulierbar und können sich schnell ändern. Das wird auch in Zukunft so bleiben und da muss sicher ein gutes Auge darauf geworfen werden. Insgesamt resultiert im schwierigen Anlagejahr 2018 ein Gewinn, was unter anderem auch die verschiedenen Geschäftsfelder der Universalbank und auch auf effiziente Geschäftsführung zurückzuführen ist. Im Unterschied zu anderen Banken ist die ZKB eine Parlamentsbank. Das heisst, die Gewinnausschüttung kommt wieder der Bevölkerung zugute mit insgesamt 345 Millionen Franken, was sehr wertvoll und willkommen ist für all die Gemeinden und Städte und den Kanton. Betreffend Leistungsauftrag hat sich die ZKB an ihre Vorgaben und Ziele gehalten. Die Ziele wurden übererfüllt, was in diesem Jahr sicher Anpassungen nötig macht. Es ist eindrücklich, wie viele Projekte und Partner in ganz verschiedenen Bereichen von der ZKB profitieren können. Da hoffe ich, dass dies auch in Zukunft so bleiben wird. Noch kurz zur Staatsgarantie: Vorstösse, um diese abzuschaffen, werden wir sicher nicht unterstützen in Zukunft.

Wir danken allen Mitarbeitenden und der Geschäftsleitung der ZKB für ihren grossen Einsatz. Die EVP wird Rechnung und Geschäftsbericht 2018 zustimmen.

Kaspar Bütikofer (AL, Zürich): Die Alternative Liste, AL, wird dem Geschäftsbericht zustimmen. Die Kantonbank steht sehr solide da. Das ist keine Selbstverständlichkeit, wenn wir die Zürcher Banklandschaft sonst anschauen. Wir sehen also, dass das Geschäftsmodell als Staatsbank ein erfolgreiches Modell ist. Die ZKB ist solide. Der Gewinn von 788 Millionen Franken ist sehr schön, zeugt davon, dass die Bank erfolgreich aufgestellt ist, und freut uns natürlich. Auch sonst ist die Bank solide: Sie ist mit 20 Prozent Eigenkapital, bezogen auf das Risikokapital, unterlegt. Sie ist also viel besser kapitalisiert, als dies von der FINMA gefordert wird. Schön ist auch, dass die ZKB den Steuerstreit mit den USA lösen und entsprechende Rückstellungen auflösen konnte.

Wir von der Alternativen Liste sind aber etwas mit Sorge erfüllt, wenn wir sehen, wie sich die Bilanzsumme Jahr für Jahr aufbläht und wächst. Es ist auch fraglich, warum die ZKB hier – neben dem Zinsgeschäft – in andere Geschäfte vordringen soll, dass sie sich im Handel, im Private Banking grösser macht. Wir wissen aber auch, dass dies sehr zweischneidig ist, weil es darum geht, dass die ZKB sich auch diversifizieren muss. Nach wie vor ist das Hypothekargeschäft mit 52 Prozent der grösste Brocken. Und wenn wir hören, dass es im Hypothekar- oder Immobilienbereich die Gefahr einer Blase gibt, dann ist es gut, wenn sich die ZKB hier diversifiziert. Wir sehen auch, dass die ZKB ein sehr zurückhaltendes Zinsgeschäft betreibt, es ist mit 2,7 Prozent unterdurchschnittlich gewachsen. Das zeigt, dass die ZKB doch sehr vorsichtig agiert im Vergeben von Hypothekarkrediten. Ich denke, das ist auch darauf zurückzuführen, dass die ZKB nach wie vor am rechnerischen Zins von 5 Prozent festhält, wenn eine Hypothek vergeben werden soll.

Entwicklungspotenzial hat die ZKB bei der Frauenförderung. Hier ist eine Frauenquote von 13 Prozent auf Direktionsstufe doch sehr, sehr mager. Da könnte sich die ZKB beispielsweise den Bund als Vorbild nehmen, der die Losung ausgegeben hat, dass mindestens 30 Prozent Frauen auf der Direktionsstufe bei Bundesbetrieben vertreten sein sollten.

Noch ein Wort zur Staatsgarantie: Hier denken wir, dass die Staatsgarantie Teil des Erfolgsmodells als Staatsbank ist. Es ist dank der Staatsgarantie so, dass die ZKB ein sehr risikoarmes Geschäftsmodell

betreibt. Natürlich ist das Bankgeschäft immer ein Risiko, aber die ZKB versucht hier doch sehr, sehr verantwortungsbewusst mit diesem Risiko umzugehen, und ist immer auf den Leistungsauftrag fokussiert. Hätte die ZKB die Staatsgarantie nicht, müsste sie ein viel risikoreicheres Geschäftsmodell betreiben. Das wäre für den Kanton Zürich doch kontraproduktiv, denn die ZKB ist «too big to fail». Das heisst, der Kanton Zürich müsste im Krisenfall dennoch einspringen, auch ohne die Staatsgarantie hat die ZKB eine faktische Staatsgarantie. Es ist mir daher lieber, wenn wir die gesetzliche Staatsgarantie haben und hier mitreden können, als wenn wir keine Staatsgarantie, aber dafür eine faktische Staatsgarantie hätten und die Politik dabei nicht mehr mitreden könnte.

Zum Schluss möchte ich dem Personal für dieses erfolgreiche Geschäftsjahr danken. Zur Thematik der Cheflöhne und zur Thematik der Belletage in der beruflichen Vorsorge sage ich nichts. Hier ist die Kritik der Alternative Liste bekannt.

Thomas Lamprecht (EDU, Bassersdorf): Die ZKB hat das schwierige Marktumfeld zu spüren bekommen. Ich spreche von den Negativzinsen, dem Margendruck im Hypothekengeschäft und den Börsenturbulenzen der zweiten Jahreshälfte. Dennoch hat die ZKB das vergangene Geschäftsjahr gut gemeistert und ein sehr erfreuliches Ergebnis erzielt. Das Engagement der Zürcher Kantonalbank im Rahmen des Leistungsauftrags schätzt und würdigt die EDU. Über die Einigung mit den amerikanischen Steuerbehörden sind wir sehr erleichtert.

Zur Revisionsstelle: Wir hatten vor einem Jahr erwähnt, dass es nach 20 Jahren Sinn macht, wenn eine andere Revisionsstelle mit neuem Blick die ZKB prüfen würde. Mittlerweile sind wir der Meinung, dass ein neuer Mandatsleiter und ein neues Team der bisherigen Revisionsstelle diesen Blick auch gewähren können. Die Vorbereitungen zur Wahl der Revisionsstelle im nächsten Jahr laufen in diese Richtung, das gefällt uns.

Die ZKB als öffentlich-rechtliche Anstalt: Noch immer verpflichten sich die meisten Kantone, für sämtliche Verluste ihrer Banken geradzustehen. Nur zwei Kantone haben bisher die vollumfängliche Staatsgarantie aufgegeben, Bern und Genf. Und in beiden Fällen brauchte es zuerst einen Schaden, um klug zu werden. Aufgrund der vollen Staatsgarantie der ZKB würden die Zürcher Steuerzahler im Krisenfall für alle Verpflichtungen der ZKB aufkommen müssen. Weder aus volkswirtschaftlicher noch aus politischer Sicht macht es Sinn, dass ein Schreiner oder eine Kauffrau im Kanton Zürich für solche Verlus-

te geradestehen soll. Die Fraktionssprecher von GLP und FDP haben es auch angesprochen. Nun, wir sind froh, dass die ZKB bisher bewiesen hat, dass sie die Risiken in normalen Zeiten im Griff hat. Die Bank wirtschaftet solide und darf sich zu Recht zufrieden geben.

Die ZKB als europäische Grossbank – Stichwort ZKB Österreich: Die ZKB ist längst nicht mehr ein traditionelles kleines Finanzinstitut, das lokalen KMU zu Krediten verhilft. Seit der Gründung der ZKB sind 150 Jahre vergangen und die Bank hat sich zu einer europäischen Grossbank gemacht. Dem geänderten Umfeld sollte Rechnung getragen werden. Aus wirtschaftlich-liberaler Sicht wäre eine Privatisierung die passende Lösung, und zwar sowohl für das Unternehmen als auch für den Kanton Zürich. Da denken wir an diese PI betreffend Klimaschutz mit dem Titel «Desinvestition der ZKB aus fossilen Investitionen» (KR-Nr. 233/2018). Die Grünen wollen die ZKB verpflichten, keine klimaschädlichen Investitionen zu tätigen und Beziehungen zu Kunden, deren Hauptgeschäftstätigkeit im Bereich der fossilen Energie liegt, aufzuheben. Meiner Meinung nach klingt das nach Bevormundung. Das ist Eingriff in die Freiheit des Unternehmens. Dies schreit nach Privatisierung.

Zum Schluss noch ein Wort zum 150-Jahr-Jubiläum: Das Jubiläum darf gefeiert werden. Wir freuen uns auf die Seilbahn über dem Zürichsee. Die EDU wird die Rechnung und den Geschäftsbericht genehmigen.

Astrid Gut (BDP, Wallisellen): Die ZKB ist ein Erfolgsschlager: Wieder Topzahlen in allen Bereichen, motivierte und engagierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf allen Ebenen und den US-Steuerstreit glimpflich überwunden – was wollen wir eigentlich mehr von unserer Bank? Die BDP bedankt sich bei allen Beteiligten für ihren grossen Einsatz. Wir genehmigen den Geschäftsbericht und sind auch für das Jahr 2019 zuversichtlich, was auch immer kommen mag.

Hans-Peter Amrein (SVP, Küsnacht): Die Konzernbilanz dieser systemrelevanten Staatsbank ist im vergangenen Geschäftsjahr um 3,4 Prozent auf fast 169,5 Milliarden angeschwollen. Die Aktiven entsprechen rund dem 7,8-fachen der konsolidierten Bilanzsumme des Garantors der Bank, des Kantons Zürich, und die Konzernbilanz der ZKB übersteigt das Bruttoinlandprodukt, BIP, des Kantons um rund 22 Prozent. Die Hypothekarforderungen sind im vergangenen Geschäftsjahr um 2,7 Prozent auf 81,26 Milliarden Franken angestiegen. Über 10 Milliarden davon betreffen ausserkantonaales Geschäft. Damit

stellt dieser Geschäftsbereich ein Klumpenrisiko für die Steuerzahler dar. Das sogenannte Handelsgeschäft, also die Wertpapierpositionen, Positionen an Beteiligungstiteln, Edelmetalle und Rohstoffe et cetera, ist gegenüber dem Vorjahr um 5 Prozent auf rund 9,4 Milliarden Franken gestiegen. In welchem Umfang dabei Kursverluste berücksichtigt werden mussten, ist ohne detaillierte Einsicht in die entsprechenden Positionen nicht abschätzbar. Umfangreiche Eventualverpflichtungen im Handelsgeschäft belaufen sich auf fast 4,9 Milliarden, Einzahlungs- und Nachschlussverpflichtungen sind auf 263 Millionen Franken angewachsen. Die inländischen Forderungen aus Wertpapierfinanzierungsgeschäften sind um rund 1,2 Milliarden auf 7,3 Milliarden, die ausländischen Forderungen aus dem gleichen Geschäft um rund 1,5 Milliarden auf 9,7 Milliarden Franken angestiegen. Ganz besonders ins Auge sticht beim Studium des Geschäftsberichts das enorme Wachstum des Kontraktvolumens derivater Geschäfte vor Berücksichtigung von Netting-Verträgen. Dieses Geschäft ist um saftige 180 Milliarden auf 803,3 Milliarden angeschwollen. Ein Schelm, wer glaubt, beim indifferenten Geschäft müssten in einer Zeit des extrem billigen Geschäftes nicht höhere Risiken bei sinkenden Margen eingegangen werden, nicht wahr, Herr Müller.

Erlauben Sie mir vier Feststellungen an die Adresse der Mitglieder der AWU und des Bankrates:

Erstens: Dem weiter ungebändigten Geschäftswachstum, welches konträr zum Leistungsauftrag steht und diesem nicht gerecht wird, ist Einhalt zu gebieten. Schluss mit Umsatzbolzerei!

Zweitens: Durch die Weitergabe von Hypotheken insbesondere ins Ausland im Rahmen von Verbriefungen ist die Wahrung des Bankgeheimnisses nicht gewährleistet.

Drittens: Nicht nur das klumpenrisikoreiche Hypothekengeschäft, sondern ganz besonders auch das im vergangenen Geschäftsjahr enorm gewachsene Derivatgeschäft entspricht nicht dem Leistungsauftrag der Bank. Ganz besonders das Netting-Geschäft müsste einer fundierten Risikoanalyse und Kontrolle unterworfen worden sein oder unterworfen werden. Wie gründlich dies geschehen ist, wird aus dem Geschäftsbericht nicht deutlich. Ich zitiere dazu aus dem Finanzbericht Konzern, Seite 153, und dem Bericht zur Konzernrechnung der Revisionsstelle Ernst & Young AG vom 28. Februar 2019: «Aufgrund der inhärenten Ermessensspielräume und der Bedeutung der genannten Bilanzpositionen in der Konzernrechnung der ZKB stellt deren Bewertung einen besonders wichtigen Prüfungssachverhalt dar.»

Viertens: Scheinbar haben weder Bankrat noch die kantonale Oberaufsicht über die Kantonsratsbank, unsere AWU, die Verantwortlichen für die im letzten Geschäftsjahr bezahlte Busse an die USA eruiert, geschweige denn genannt und zur Rechenschaft gezogen. Nein, hinter vorgehaltener Hand sind noch lobende Worte zu den aufgelösten, nicht benötigten Rückstellungen zu hören.

Sehr geehrte Kantonsräte und Verantwortliche für unsere Parlamentsbank, ich wiederhole meine letztjährigen Feststellungen: Die systemrelevante Universalbank ZKB ist für dieses Parlament und unseren Kanton viele Schuhnummern zu gross. Der Leistungsauftrag für die Zürcher Staatsbank wird mehrfach nicht eingehalten. Die ZKB stellt ein untragbares Klumpenrisiko für unseren Kanton dar. Eine Aufspaltung der Bank und der Verkauf aktiver Vermögenswerte zwecks Entschlackung und Neuordnung der Geschäftsfelder ist zwingend, ebenso die Abschaffung der Staatsgarantie und die Rückbesinnung auf eine ihrem Leistungsauftrag verpflichtete Institution muss endlich an die Hand genommen werden. Es stellen sich fundamentale Fragen zur Strategievorgabe, deren regelmässigen Überprüfung und zur Aufsicht über die Bank und damit – ultima ratio – zur Aufsichtsführung dieses Rates.

Doch wo kein Wille und vor allem kein Druck, kein Weg. Dies ganz besonders vor dem Hintergrund, dass Kommunen, Kanton und mit der Bank verbundene Dritte massiv und im Jahr 2020 noch zusätzlich aufgrund der angesagten Jubiläumsdividende von 150 Millionen Franken profitieren. Deshalb ist leider davon auszugehen, dass sich bis zur nächsten Krise gar nichts tun wird. Umso schmerzhafter werden wohl die Erfahrungen sein, welche dannzumal gemacht werden müssen.

Teile der Geschäftsaktivitäten der Bank entsprechen nicht oder nur teilweise dem gesetzlichen Auftrag. Ich lehne deshalb, in Abweichung zur grossen Mehrheit dieses Rates und zu meiner Fraktion, Rechnung und Geschäftsbericht 2018 der ZKB ab.

Jörg Müller-Ganz, Präsident des Bankrates der ZKB: Zuerst möchte ich natürlich einfach danken. Während der letzten eineinhalb Stunden wurde die Bank grösstenteils für ihre Arbeit im letzten Jahr gelobt. Sie haben dargestellt, dass wir über eine nachhaltige, langfristig orientierte Führung der Bank verfügen und damit durch die langfristig angelegte Diversifikation unserer Universalbank mit dazu beitragen, dass die Stabilität und die Ertragskraft auch in langfristiger Optik stabil und konstant gemanagt werden können. Sie haben dargestellt, dass unsere Bank über ein vorsichtiges Risikomanagement verfügt im Rahmen

ihrer Strategie. Das alles – Sie haben es gesagt – führt dazu, dass die Kapital-, Ertrags- und Liquiditätslage unserer Bank gut, wenn nicht sehr gut ist, dass wir über eine sehr gute Bonität verfügen, die sich auch in unserem Rating zeigt, die sich aber auch darin darstellt, wie uns die FINMA beurteilt. Ich möchte zu ein paar Aspekten, die genannt worden sind, hier konkret noch eine Antwort aus Sicht der Bank geben, damit das nicht ganz so im Raum stehen bleibt:

Zur Staatsgarantie: Es wurde gesagt, dass nur noch einige Kantonalkassen in der Schweiz über eine Staatsgarantie verfügen. Das ist nicht ganz so. Wie dargelegt, gibt es genau drei Kantonalkassen, die keine Staatsgarantie mehr haben, das sind die Berner Kantonalkasse, die Genfer, die nur eine partielle hat, und – sie wurde nicht genannt – die Waadtländer Kantonalkasse hat auch keine. Alle anderen Banken in allen Kantonen verfügen wie im Kanton Zürich über eine vollumfängliche Staatsgarantie. Die Staatsgarantie, das ist mir wichtig, ist Ihr Instrument. Sie legen es fest durch das Gesetz über die Zürcher Kantonalkasse. Das Volk legt es fest durch die Bestandesgarantie in der Verfassung. Gemeinsam gibt das den Rahmen für die Staatsgarantie unserer, Ihrer Bank. Es liegt in Ihrer Hand, die Staatsgarantie wegzunehmen. Die Aufgabe der Bankleitung, sprich des Bankrates und der Geschäftsleitung, besteht darin, mit der Vorgabe, die Sie uns geben, maximale Wirkung zu erzielen. Wir machen das mit und ohne Staatsgarantie. Sie haben ja auch gesagt, dass wir ohne Staatsgarantie mit «AA-» über ein hervorragendes Rating verfügen im Vergleich auch zu allen anderen Banken auf dieser Welt. Das ist der Beitrag der Bank, Ihr Beitrag ist, wie Sie damit letztlich umgehen.

Es wurde gesagt, dass wir Werbung mit der Staatsgarantie bei unserer Tochter in Österreich machten. Erstens möchte ich feststellen: Die Zürcher Kantonalkasse in Österreich verfügt über keine Staatsgarantie. Die Staatsgarantie betrifft nur das Stammhaus hier in Zürich und damit sicher nicht die Zürcher Kantonalkasse Österreich AG. Wir machen auch keine Werbung damit. Wenn man auf der Zürcher-Kantonalkasse-Website in Österreich auf die Seite der Zürcher Kantonalkasse Schweiz klickt, dann landet man beim Triple A. Aber ich denke, das ist ein bisschen weit hergeholt, das dann der Zürcher Kantonalkasse Österreich zuzurechnen.

Zum Private Banking vielleicht folgende Bemerkung: Vor 150 Jahren hat ein Vorgänger von mir, nämlich Johann Jakob Keller, der wesentlich zur Gründung der Bank beigetragen hat, gesagt: Es ist wichtig, dass der Nidel nicht nur bei den anderen Banken bleibt, der Nidel soll auch bei der Zürcher Kantonalkasse anfallen. Unter «Nidel» verstand Johann Jakob Keller vor 150 Jahren – das Wort existierte damals noch

nicht – Private Banking, also auch Anlagegeschäft für Privatkunden zu machen. Wir haben im gesetzlichen Leistungsauftrag drin, dass wir die Anlage- und Finanzierungsbedürfnisse der Zürcher Bevölkerung befriedigen, und da gehört selbstverständlich auch die vermögende Zürcher Bevölkerung dazu. Und dementsprechend liegt es nur auf der Hand des Leistungsauftrags, dass wir auch Private Banking für derartige Kunden im Kanton Zürich anbieten und dass wir, wenn wir sie im Kanton Zürich anbieten, natürlich, wie andere Dienstleistungen auch, in der Schweiz entsprechend anbieten können. Dabei muss man auch wissen, dass das Private Banking das geringere Risiko als das Zinsrisikogeschäft hat.

Erlauben Sie mir noch zwei Bemerkungen zum Derivatgeschäft und zum Bilanzwachstum. Ich fange mit dem Derivatgeschäft an: Es wurde gesagt, es sei nicht Teil des Leistungsauftrags. Es wurde gesagt, dass die Zahl sehr gross sei. Zuerst einmal eine Klärung, was Derivatgeschäft überhaupt ist: Wenn Sie Seite 105 des Geschäftsberichts aufschlagen – jeder Mann, jede Frau von Ihnen ist im Besitz dieses Geschäftsberichts –, werden Sie dort finden, dass 98 Prozent unseres Derivatgeschäftes auf Zinsen und Währungsgeschäfte zurückzuführen sind. Was heisst das? Wenn Sie heute eine Hypothek bei der Zürcher Kantonalbank machen, die Sie erst in zwei Monaten wirklich in Angriff nehmen wollen, dann müssen wir dieses Geld für zwei Monate quasi versichern mit einem Derivat. Wenn eine schweizerische Unternehmung in Zürich, in Winterthur eine Maschine exportiert, zum Beispiel nach Deutschland, kriegt sie den Kaufpreis in einem halben Jahr in Euro und wenn sie die Euro auf den heutigen Tag absichern möchte, dann ist das ein Derivat. Das eine war ein Zinsderivat, das andere war ein Währungsderivat, und diese machen 98 Prozent unserer Derivate aus. Die Zahl noch vom Volumen her: Wenn Sie eine Maschine für eine Million nach Düsseldorf verkaufen und sichern den Eurokurs von 1.10 Franken auf 1.15 Franken ab, ist in unserer Bilanz dann mit «1 Million Derivatgeschäft» vermerkt. Aber das eigentliche Risiko, wenn Sie es nicht absichern würden, beträgt die Zinsdifferenz zwischen 1.10 Franken und 1.15 Franken, und das können Sie eins zu eins auf das Zinsgeschäft übertragen. Daher kommt das Risiko. Damit möchte ich schliessen zum Thema Derivate. Ernst & Young wurde ja auch mit dieser Frage konfrontiert bei der AWU-Besprechung des Jahresberichts am 13. März 2019, und dort wurde auf diese Frage von unserer Revisionsstelle, die sich mit dem Thema jedes Jahr sehr intensiv auseinandersetzt, klar gesagt: Das Derivatgeschäft der Kantonalbank ist unter Kontrolle.

Der letzte Punkt noch, zum Bilanzwachstum: Ja, Sie haben recht, fast 170 Milliarden Franken beträgt die Bilanz der Bank, das ist viel, unbestritten. Davon – das wurde nicht gesagt – sind 41 Milliarden Schweizer Franken – das ist fast ein Viertel – als flüssige Mittel bei der Nationalbank parkiert, zu Minuszinsen von 0,75 Prozent. Also ein grosser Teil ist bereits sehr sicher, mündelsicher bei der Nationalbank angelegt. Das eigentliche Bilanzwachstum 2018 – es wurde dargelegt – kam aus dem Hypothekargeschäft, also Hypothekarfinanzierungsgeschäft, und aus dem Wertpapierfinanzierungsgeschäft. Da sind wir mit 2,4 Prozent – es wurde gesagt – im Quervergleich zum Markt weniger stark gewachsen als der Markt. Denn auch wir sehen, dass insbesondere die bewohnten Renditeliegenschaften, also Mietliegenschaften, die Dritten gehören, ein Risiko sind. Hier stehen wir auf der Bremse und haben als erste Bank entsprechend die Vergabekriterien angepasst, deshalb ist auch unser Kreditwachstum diesbezüglich tiefer. Gesagt werden muss noch, dass dieses Wachstum der Bilanz vollumfänglich durch Einlagen von Kunden finanziert worden ist, unsere Kunden glauben offenbar an uns. Dementsprechend ist die Bilanz also auf der rechten Seite gestiegen mit Hypotheken- und Finanzierungsgeschäften sowie Wertpapieren, und auf der linken Seite durch Einlagen von Kunden.

Besten Dank. Wir danken für die wohlwürdigende Beurteilung unserer Bank auch in diesem Jahr.

Ratspräsidentin Yvonne Bürgin: Der Präsident der AWU verzichtet auf eine Replik. Unbedingt sprechen möchte nochmals Cyrill von Planta. Ich bitte Sie, sich sehr kurz zu halten. Danke.

Cyrill von Planta (GLP, Zürich) spricht zum zweiten Mal: Ich weiss, es ist nicht Usus, aber wenn mich der Bankratspräsident falsch zitiert hat, muss ich da trotzdem nochmals Korrekturen vorbringen. Zum einen habe ich nicht gesagt, dass die Staatsgarantie bei den meisten Banken weg ist, sondern ich habe gesagt, dass die Staatsgarantie bei den Kantonen nicht existiert, wo die Kantonalbank in Schieflage geraten ist. Das ist ein gewichtiger Unterschied, und entsprechend wird es wahrscheinlich auch im Kanton Zürich so geschehen sein, wenn die Staatsgarantie je abgeschafft wird.

Zum zweiten habe ich nie behauptet, dass Österreich mit der Staatsgarantie wirbt, sondern ich habe ausdrücklich gesagt «mit dem AAA-Rating», das auf der Staatsgarantie beruht. Ich bitte den Bankratspräsidenten also, nächstes Mal besser zuzuhören.

Und zu guter Letzt: Wenn man mit der Geschichte vom Nidel und unserem Kantonalbankgründer kommt, dann muss ich einfach sagen, dass – wie der Nidel – auch gute Argumente nach 150 Jahren ein bisschen sauer werden können.

Detailberatung

Titel und Ingress

I.–V.

Keine Bemerkungen; genehmigt.

Schlussabstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 157 : 2 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), der Vorlage 75a/2019 gemäss Antrag der AWU zuzustimmen und damit die Rechnung und den Geschäftsbericht der Zürcher Kantonalbank für das Jahr 2018 zu genehmigen.

Das Geschäft ist erledigt.

Ratspräsidentin Yvonne Bürgin: Ich verabschiede den Bankratspräsidenten Jörg Müller-Ganz und danke ihm herzlich, dass er hier war.

3. B. Einführungsgesetz zum Krankenversicherungsgesetz (EG KVG)

Antrag der Redaktionskommission vom 3. April 2019

Vorlage 5313d

Sonja Rueff (FDP, Zürich), Präsidentin der Redaktionskommission: Ich habe zur Redaktionslesung zwei Vorbemerkungen: Erstens wurde eine berichtigte Fassung der Vorlage verschickt, weil sich bei Paragraph 13 ein Fehler eingeschlichen hatte. Es muss «Prämienübernahme» statt «Prämienverbilligung» heissen. Die zweite Vorbemerkung ist, dass die Vorlage ein «B» trägt. Das ist aber lediglich ratsintern zu verstehen, um die Vorlage vom Teil A abzugrenzen. Bei der amtlichen Publikation wird dann das «B» entfernt; dies nur zur Information.

Dann wurden einige formelle und sprachliche Anpassungen vorgenommen, welche alle redaktioneller Natur sind und auf die ich jetzt nicht eingehen möchte.

Paragraf 13 wurde klarer strukturiert. Sonst habe ich keine Bemerkungen. Besten Dank.

Redaktionslesung

Titel und Ingress

I.

1. Abschnitt: Versicherungspflicht

§§ 1 und 2

2. Abschnitt: Prämienverbilligung

A. Höhe

§§ 3–7

B. Berechnungsgrundlagen

§§ 8–13

C. Einzelne Versichertengruppen

§§ 14–17

D. Verfahren

§§ 18–23

E. Finanzierung und Vollzug

§§ 24–29

3. Abschnitt: Weitere Bestimmungen

§§ 30–35

II.

Keine Bemerkungen; genehmigt.

Ratspräsidentin Yvonne Bürgin: Damit ist die Vorlage redaktionell durchberaten.

Schlussabstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 150 : 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), der Vorlage 5313d zuzustimmen.

Ratspräsidentin Yvonne Bürgin: Die Vorlage untersteht dem fakultativen Referendum.

Das Geschäft ist erledigt.

Verschiedenes

Legislaturabschlussfeier

Ratspräsidentin Yvonne Bürgin: Wir stehen kurz vor Abschluss der letzten Kantonsratssitzung der Amtsdauer 2015 bis 2019. Am nächsten Montag wird das neu bestellte Parlament zu seiner konstituierenden Sitzung und zur Vereidigung auch der gewählten Mitglieder des Regierungsrates zusammenkommen.

Seit dem Wahlsonntag sind nun einige Wochen vergangen. Ich hoffe, sie alle haben den kräftezehrenden Wahlkampf inzwischen mehr oder weniger verdaut und konnten über die Osterpause frische Energie tanken.

Heute heisst es Abschied nehmen. Bei unserer Legislaturabschlussfeier stehen jene 42 Persönlichkeiten im Mittelpunkt, deren bisheriges Mandat im Kantonsrat oder im Regierungsrat in sieben Tagen auslaufen wird. Zu ihren Ehren, aber auch zu unserer gemeinsamen Freude werden heute die Taschensymphoniker musizieren. Ich durfte diese Formation mehrmals bei der Diplomfeier der Hotelfachschule Belvoirpark geniessen. Die Taschensymphoniker spielen in verschiedenen Formationen, und ab und zu ist sogar ein Rütner dabei. Das ist aber nicht der Hauptgrund, weshalb ich sie engagiert habe, sondern es ist vielmehr die unglaubliche Variationsbreite, welche diese Musikerinnen und Musiker zu einem absoluten Highlight macht. Sie beherrschen nicht nur ein Instrument, sondern sie spielen auf vielen verschiedenen die unterschiedlichsten Musikrichtungen. Vielfältigkeit ist eine Eigenschaft, welche die heutigen Musiker mit uns Politikerinnen und Politiker verbindet.

Auch wir müssen vielseitig sein: Wir müssen reden können, aber auch schweigen. Wir müssen zuhören können, aber im richtigen Moment die richtigen Fragen stellen. Wir müssen austeilen können, aber genauso so oft einstecken. Und genauso wie die Taschensymphoniker tun wir dies mit grosser Leidenschaft und Freude. Lassen wir uns heute erfreuen und inspirieren von ihrer Musik. Ein herzliches Danke-

schön schon im Voraus den Musizierenden. Und nun wünsche ich viel Vergnügen.

(Musikeinlage)

Verabschiedung von Regierungsrat Markus Kägi

Ratspräsidentin Yvonne Bürgin: Nach diesem stimmungsvollen Auftakt komme ich zur Würdigung der scheidenden Mitglieder des Regierungsrates. Wir beginnen mit dem Rücktritt von Regierungsrat Markus Kägi:

Kantonsratspräsident – Ombudsmann – Regierungsrat, mit Markus Kägi verabschieden wir heute einen kapitalen Kantonsvertreter. 1991 wurde er in den Kantonsrat gewählt. Bereits eine Legislatur später kürte ihn das Parlament zum Präsidenten. Es war in Markus Kägis Präsidialjahr, in welchem der Kantonsrat entscheidende Reformschritte vollzog und unter anderem die verwaltungsunabhängigen Parlamentsdienste ins Leben rief. Direkt im Anschluss an sein Präsidialjahr wurde Markus Kägi kantonaler Ombudsmann. Zehn Jahre später, 2007, gelang ihm die Rückeroberung des zweiten SVP-Sitzes im Regierungsrat. Hier übernahm er die Baudirektion, welcher er nun seit zwölf Jahren vorgestanden ist.

Als Regierungsrat hat Markus Kägi nie vergessen, dass er selber auch einmal im Kantonsrat gesessen hat. So blieb ihm die Unabhängigkeit des Parlaments von der Regierung auch als Exekutivmitglied stets ein Anliegen. Bereitwillig stellte er das Wissen seiner Fachleute den Kommissionen des Kantonsrates auch dann zu Verfügung, wenn diese anderer Meinung waren. Wenn er persönlich an einer Sitzung nicht teilnehmen konnte, was nur selten der Fall war, bot er Hand, damit die Beratungen speditiv fortgesetzt werden konnten. Darin zeigte sich auch sein grosses Vertrauen in die Kompetenz und Verlässlichkeit seiner eigenen Leute.

Bauprojekte sind per se kompliziert. Öffentliche Bauprojekte in der politischen Dynamik eines Kantons Zürich sind komplex. Markus Kägi begegnete parlamentarischem Gegenwind mit Freude an der politischen Debatte und vor allem mit der nötigen Geduld, wie sie nur ein erfahrener Jäger aufzubringen vermag. Apropos Jagd: Bautechnische Fragen überliess Markus Kägi gerne seinen Spezialistinnen und Spezialisten. Beim Thema «Jagd» liess er es sich aber nicht nehmen, sein eigenes Fachwissen einzubringen. So fiel ihm sofort auf, dass es sich an der stuckverzierten Decke eines Repräsentationsraums im Haus

zum Rechberg um einen Keiler und nicht, wie im Kunstführer fälschlicherweise geschrieben, um eine Wildsau handelt (*Heiterkeit*).

Das persönliche Gespräch war dem Menschenfreund Kägi stets ein grosses Anliegen. Von seiner zugänglichen und vermittelnden Art hat auch der Kantonsrat zwölf Jahre lang profitiert. Wir danken Markus Kägi für seine grossen Verdienste um den Kanton Zürich und wünschen ihm für den kommenden Lebensabschnitt alles Gute. Markus Kägi hat den silbernen Löwen des Kantonsrates bereits als abtretender Kantonsratspräsident erhalten. Ich überreiche ihm heute stattdessen einen Gutschein zur mussevollen Besichtigung eines ausserkantonalen Bauwerks (*Heiterkeit*). Herzlichen Dank, Markus Kägi. (*Applaus. Die Ratspräsidentin überreicht Regierungsrat Markus Kägi den Gutschein und einen Blumenstrauss.*)

Regierungsrat Markus Kägi: Sie werden verstehen, dass dies ein für mich sehr berührender Moment ist. Wenn ich heute diesen Saal verlasse, dann hat das etwas mit Heimatverlust zu tun. Vor 28 Jahren betrat ich das erste Mal als Kantonsrat und vor zwölf Jahren sass ich zum ersten Mal hier auf der Empore. Ein ganz besonderer Moment war aber, als ich vor 24 Jahren zum Kantonsratspräsidenten gewählt wurde, das war am 8. Mai 1995. Und genau an diesem Tag wurde das Ende des Zweiten Weltkriegs 50 Jahre zuvor gefeiert. In meiner damaligen Rede bin ich auf dieses Thema eingegangen, als Nachgeborener, der aber viele Ratsmitglieder vor sich hatte, die jene Zeit noch persönlich erlebt hatten. Das eigentümliche Zusammentreffen von Weltgeschichte und kantonaler Politik, das uns hier immer wieder begegnet, war für mich damals besonders greifbar. Ich wandte mich insbesondere auch an die 15 neuen Kolleginnen und 28 neuen Kollegen – damals gab es halt dieses Gefälle noch –, die zum ersten Mal hereinkamen und zuvor in der Eingangshalle an Gottfried Kellers Büste vorbeigegangen waren und vielleicht seine Aufforderung gelesen hatten: «Lass unser Vaterland niemals im Streit um das Brot, geschweige denn im Streit um Vorteil und Überfluss untergehen.» Dieser Satz hat für mich seither nichts von seiner Aktualität verloren. Das gilt besonders, wenn man sich vergegenwärtigt, in welchem Zusammenhang er von Keller geprägt wurde, nämlich in einem Bettagsmandat von 1862. Damals tobte der amerikanische Bürgerkrieg und Keller führte aus, wie sehr wir davon auch hierzulande betroffen waren. Den 1848 gegründeten schweizerischen Bundesstaat hatten die Vereinigten Staaten ja zu ihrem Vorbild genommen, weswegen uns das Schicksal dieses Vorbilds nicht gleichgültig sein konnte, sondern «mit eherner Mahnung unser vaterländisches Herz trifft», wie Keller sagte. Er fährt fort:

«Dort haben vor erst achtzig Jahren wahre Weise und Helden die grösste und freieste Republik der Welt gegründet, eine Zuflucht der Bedrängten aller Länder. Die unbeschränkste Freiheit, die beweglichste Begabung in Verkehr und Einrichtung, in Erfindung und Arbeit aller Art, ein unermessliches Gebiet zu deren Betätigung, ohne einen freiheitfeindlichen und mächtigen Nachbar an irgendeinem Punkte der weiten Grenzen, sehen wir den grossen, blühenden Staatenbund jetzt in zwei Teile zerspalten, die sich wie zwei reissende Tiere zerfleischen.» Keller fragte dann nach dem Grund dieser Katastrophe und kam mit Bezug auf das Vaterunser – unser täglich Brot gib uns heute – zu einer eigenwilligen Erklärung: « Und welches ist die unerhörte Gewalt, die solches bewirkt? Es ist die in Geiz verwandelte Bitte um das tägliche Brot, es ist der Streit um Gewinn und irdischen Vorteil, der unter dem Vorwande ökonomischer Notwendigkeit die ältesten und ersten Grundzüge christlicher Weltanschauung verleugnet und in Strömen Blutes erstickt.» Und dann folgt eben der Aufruf, den wir in der Eingangshalle lesen können. Es ist ein Satz, der sich gegen einen seelenlosen Materialismus richtet und die ökonomischen Vorteile der Sklaverei über jene der Menschlichkeit stellt. Keller spricht die Sklaverei allerdings nicht explizit an, sondern beklagt den Streit um Gewinn und irdischen Vorteil ganz allgemein. Die Schweiz solle sich auch als sklavenloses Land gewarnt fühlen.

Als ich vor 24 Jahren darauf zu sprechen kam, befanden wir uns in einer Phase der weltpolitischen Entspannung. Allerdings waren wir zutiefst irritiert über die Vorgänge in Jugoslawien, die den Krieg zurück nach Europa gebracht hatten. Trotzdem gelten die 90er-Jahre heute als die friedliche Epoche vor dem 11. September 2001. Das ist Grundgefühl und heute nicht anders. In den USA herrscht zwar kein Bürgerkrieg, aber ein zutiefst gespaltenes Land, auch heute regiert von einem Präsidenten, der sich neulich beim Brand der «Nôtre Dame» als Feuerwehrmann empfohlen hatte, sonst aber nichts unterlässt, um die Stimmung anzuheizen und die Gräben zu vertiefen. Wir erleben eine Gefährdung der Demokratie und der Gewaltenteilung sowie einen Verfall des politischen Anstandes, wie wir es vor kurzem noch für undenkbar gehalten hätten. Und wir fürchten um den aufgeklärten politischen Diskurs, der sich in Filterblasen und Fake News auflöst.

Meinem Naturell liegt der Kulturpessimismus fern und so, wie ich Gottfried Keller verstehe, ist auch sein Appell kein Zeugnis von Schwermut und Resignation. Er ist im Kern optimistisch und hilft, den Blick auf das Wesentliche zu richten. Das kann man auch tun, wenn man weder über die Wortmacht noch das Pathos Kellers verfügt. Um es auf einen Punkt zu bringen: Wie zu Kellers Zeiten haben wir auch

heute viel zu verlieren. Das ist mir als Regierungsrat und Baudirektor in den vergangenen zwölf Jahren immer bewusster geworden. Wir sind verantwortlich für schier unendliche Werte: soziale, humanitäre, kulturelle, historische, ökologische, aber natürlich auch materielle. Wenn hier in diesem Saal eine hochstehende politische Kultur gepflegt wird, dann ist das kein Selbstzweck, sondern stets in direktem Zusammenhang mit der Erhaltung dieser Werte. Wenn sich Regierung und Parlament nur noch mit sich selbst und ihren Zerwürfnissen beschäftigen, wie wir es in den USA und in Grossbritannien beobachten können, dann drohen ziemlich schnell ganz konkrete Schäden. Das heisst aber auch: Wenn der Kanton Zürich so gut dasteht, wie er es heute tut, wenn seine Lebens- und Standortqualitäten so hoch sind, wenn er schon von seinem Erscheinungsbild her so attraktiv ist, so dürfen und müssen wir die Ursache dafür auch in diesem Saal suchen. Das bedeutet nicht, dass wir uns hier auf einem Ponyhof befinden. Demokratie heisst Auseinandersetzung, schafft Eigendynamik, gleitet zuweilen auch ins Theatralische ab, aber das sind keine Einwände gegen die Demokratie als solche.

Das hier ist unser Haus der Demokratie, jedenfalls solange wir kein modernes haben, und es ist mir zu einer Heimat geworden hier drin. Ich bin zutiefst dankbar für die Zeit, die ich hier verbringen durfte, und ich hoffe, ich habe nie Anlass zur Klage gegeben, was meinen Respekt vor der Demokratie und Gewaltenteilung betrifft, ob in der Legislative oder in der Exekutive. Ich habe einen mehrfachen Rollenwechsel hinter mir, aber eines hat sich nie verändert: dass es um Zusammenarbeit geht. Sich unter diesem Dach zu treffen, bedeutet die Möglichkeit, etwas für den Kanton Zürich zu tun, insofern die Bereitschaft zur Kooperation vorhanden ist. Ich habe diesbezüglich sehr gute Erfahrungen gemacht, und wenn mir das eine oder andere gelungen ist, dann habe ich es der Zusammenarbeit zu verdanken – mit Ihnen, den Mitgliedern der Regierung und vor allem auch mit den Mitarbeitenden in der Baudirektion. Dafür möchte ich Ihnen allen, aber auch den Menschen hinter diesen dicken Mauern ganz herzlich danken.

Damit hätte ich meine letzten Sätze in diesem Haus gesprochen. Ob ich mich verständlich gemacht habe, weiss ich nicht, aber ein feierlicher Moment ist es für mich allemal. Und wie sagte Albert Schweizer? «Es kommt gar nicht auf ein Verstehen an, sondern auf das Erleben des Feierlichen.»

Herzlichen Dank. Ich wünsche euch alles Gute und «hebed eu Sorg».
(*Applaus.*)

Ratspräsidentin Yvonne Bürgin: Das Wort für eine Würdigung von Regierungsrat Markus Kägi hat nun der Fraktionschef der SVP, Martin Hübscher.

Martin Hübscher (SVP, Wiesendangen): Ein besonderer Moment, ein besonderer Tag: «Er begann als grüner Solarförderer, bleibt der AKW-Lobby treu und mühte sich mit dem Uetliberg-Wirt Fry (*Giusep Fry, Hotelier Uto-Kulm*) ebenso wie mit dem PJZ (*Polizei- und Justizzentrum*) ab», titelte der Tages-Anzeiger letzte Woche. «Er ist äusserst liebenswürdig, kann gut zuhören, man muss ihn einfach gern haben», sagte eine Fraktionschefin (*Heiterkeit, gemeint ist Esther Guyer, Grüne, und einzige Frau in dieser Position*).

Markus Kägi wurde vor zwölf Jahren Regierungsrat. Sein Weg prägte ihn: Gemeinderat, Kantonsrat, Kantonsratspräsident, im Beruf Notar-Stellvertreter, dann kantonaler Ombudsmann und schliesslich Regierungsrat. In einer Zeit der Turbulenzen und Verunsicherung hast du das Baudepartement übernommen. Heute ist es eine Schlüsseldirektion, die Schaltstelle zwischen Raumplanung, Naturschutz, Umwelt, Klima, Luft, Wasser, Bau und Verkehr. Zu deinen grossen Geschäften gehört die Revision des Richtplans mit einer Siedlungsentwicklung nach innen. Der Kanton Zürich hat als grösster Kanton mit dem grössten nominalen Wachstum seine Aufgabe vorbildlich gelöst und ist auch in diesem Bereich anderen Kantonen voraus. Weitere riesige Brocken stammen von deinen breiten Schultern: Das Hochschulgebiet Zürich Zentrum, die neue Nutzung der Klosterinsel Rheinau, die Eröffnung des AgroVet Strickhof und natürlich die Westumfahrung Zürichs samt A4 im Knonaueramt, der Hochwasserschutz Sihl, Zürichsee und Limmat mit einem Entlastungstollen zwischen Sihl und Zürichsee, die Umsetzung der PI Guyer (*KR-Nr. 29/2013*) mit dem Mietermodell, das Wassergesetz, das neue Mehrwertausgleichsgesetz sowie schliesslich das neue Jagdgesetz.

Als frisch gekürter Baudirektor hattest du es mit einer Fast-Katastrophe zu tun, ein Telefonanruf, der dir wohl immer in Erinnerung bleiben wird und dich stark beschäftigt hat: So hast du eine Art Masterplan zum Schutz vor Überschwemmungen initiiert, mit Alarmsystemen, mit Rückhaltebecken und, im Fall des Sihl-Hochwassers, Schwemmrechen und Entlastungstollen. Besonders am Herzen war dir der Strickhof gelegen. So hast du unzählige Forstwarte, Pferdefachleute, Landwirtinnen und Landwirte, Winzerinnen und Winzer, Weintechnologinnen und Weintechnologen, aber auch Berufsmatu-

randinnen und -maturanden sowie Absolventinnen und Absolventen der Höheren Fachschule diplomiert.

Lieber Markus, es gebe keinen «Kim Un Kägi», hast du bei der Bekanntgabe deines Rücktritts gesagt. Das war typisch für dich: Immer mit der nötigen Gelassenheit und der nötigen Prise Humor hast du die Dinge angepackt. Manches Gedicht haben wir von dir gehört, so auch einmal am Ende der Budgetdebatte. Wir wünschen dir, dass du die frei werdende Zeit geniessen kannst, vermehrt deinen Hobbys frönen kannst und noch Musse bleibt für weitere Lyrik. Lieber Markus, im Namen der Fraktion, im Namen des Kantonsrates ganz herzlichen Dank für deinen Einsatz. (*Applaus.*)

Verabschiedung von Regierungspräsident Thomas Heiniger

Ratspräsidentin Yvonne Bürgin: Wir haben einen zweiten Rücktritt aus dem Regierungsrat, Regierungspräsident Thomas Heiniger.

Auch Thomas Heiniger blickt auf eine lange Vergangenheit in diesem Saal zurück. Der Adliswiler wurde 1999 für die FDP in den Kantonsrat gewählt. Acht Jahre später gelang ihm auf Anhieb als Drittplatzierter die ehrenvolle Wahl in den Regierungsrat. Schon damals verfügte Thomas Heiniger über einen vielschichtigen politischen Erfahrungsschatz: Über 20 Jahre hatte er als Stadtrat die Geschicke Adliswils mitgeprägt, rund 13 Jahre davon als Stadtpräsident.

In den zwölf Jahren als Gesundheitsdirektor hat Thomas Heiniger das Gesundheitswesen unseres Kantons entscheidend weiterentwickelt. Zu nennen sind das Pflegegesetz und – als besonders sichtbarer Verdienst – das Spitalplanungs- und Finanzierungsgesetz. Letzteres wird inzwischen über die Kantonsgrenzen hinweg als Vorzeigemodell bezeichnet und genutzt. Bei dieser grossen Vorlage waren nicht nur die Folgen, sondern auch der Zeitdruck besonders hoch. In solchen Konstellationen konnte Thomas Heiniger zur Hochform auflaufen. Die oft folgenreichen technischen Aspekte einer gesundheitspolitischen Vorlage erläuterte er geduldig und mit hohen Sach- und Detailkenntnissen. Dank seines politischen Gespürs und mit einer Portion Beharrlichkeit vermochte er Gegenspielerinnen und Gegenspieler meist zu überzeugen. Dadurch verhalf er auch komplexen Vorlagen zum Erfolg. Diese ausdauernde Eigenschaft lässt unweigerlich an Thomas Heinigers Leidenschaft für Marathonläufe denken.

Die Mitglieder des Kantonsrates lernten Thomas Heiniger als engagierten Verfechter seiner Anliegen kennen. Mit Verve vertrat er seine Geschäfte in den Kommissionen und im Rat. Auch ausserkantonale

vertrat Thomas Heiniger den Kanton Zürich in Gesundheitsfragen mit Profil, so zum Beispiel als Präsident der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Gesundheitsdirektorinnen und -direktoren.

Thomas Heiniger hinterlässt eine sehr gut aufgestellte Direktion mit kompetenten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Dies ist seinem hohen persönlichen Einsatz als Chef zu verdanken. Für sein grosses Engagement als Regierungsrat unseres Kantons sei Thomas Heiniger herzlich gedankt. Ich persönlich bedanke mich für das tolle vergangene Jahr, welches wir zusammen als Regierungspräsident und Kantonsratspräsidentin gemeinsam verbringen und in dem wir den Kanton Zürich repräsentieren durften. Wir wünschen ihm für die Zukunft alles Gute.

Als offizielles Zeichen unserer Anerkennung überreiche ich ihm den silbernen Löwen des Kantonsrates. Herzlichen Dank. *(Applaus. Die Ratspräsidentin überreicht Regierungspräsident Thomas Heiniger den Silbernen Löwen und einen Blumenstrauss.)*

Regierungspräsident Thomas Heiniger: Ich schliesse mit Ihnen hier und heute nicht nur die Legislatur 2015/2019 ab, ich schliesse mit Ihnen hier und jetzt auch meine Arbeiten im Rathaus ab – nach 20 Jahren, nur wenige von Ihnen waren damals schon dabei. Die Perspektiven, die ich in diesem Saal einnehmen konnte, waren verschiedene. Dafür bin ich dankbar und ich hatte diese Perspektiven gerne. Ich liebte die Arbeit in diesem Haus, oft auch in diesem Saal. Ich mochte die Auseinandersetzung und die Argumentation mit Ihnen. Meine Damen und Herren, ich möchte auch Sie *(Heiterkeit)*. Denn nur dank Ihnen konnten die Bemühungen gemessen werden, konnte um die Argumente gekämpft werden. So unterschiedlich die Perspektiven im Saal waren und sein können, so war mein Blickwinkel aus diesem Saal hinaus stets derselbe: Der Blick auf das Wohlergehen des Kantons Zürich, ganz besonders auf die Gesundheit des Kantons Zürich und auch auf die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger. Und diese mag ich auch, als Wählerinnen und Wähler, aber auch als Auftraggeberinnen und Auftraggeber. Ich fühlte mich diesen verpflichtet. Für sie habe ich gerne und lange gearbeitet, für sie habe ich mir auch den Kopf zerbrochen und für sie habe ich auch mit Ihnen hier im Saal gekämpft. Für den Kanton Zürich habe ich auch mit meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern das Beste gegeben für einen Kanton, der stark, der fair, der ausdauernd und der intelligent ist. Und mit diesem Ziel habe ich vor zwölf Jahren hier und heute die Wahl geschafft und bin angetreten, und so trete ich auch heute ab. Für ihn, den Kanton Zürich, habe

ich auch gerne entschieden; stets nach bestem Wissen und Gewissen. Ob richtig oder falsch, das weiss ich nicht. Das wissen wir alle nicht, und zum Glück ist das so. Denn zum Glück gibt es keine Parallelwelt. Wir wissen nie, wie es gekommen wäre, wenn wir Kleines oder Grosses anders gemacht hätten, und das ist gut so. Die Frage, ob ich alles nochmals gleich oder was ich anders machen würde, wenn ich nochmals von vorne beginnen würde – keine Angst, ich beginne nicht nochmals von vorne (*Heiterkeit*) –, diese Frage muss ich mir gar nicht stellen. Wir müssen sie uns nicht stellen, weil es diese Parallelwelt nicht gibt. Wir müssen sie uns aber auch nicht stellen, wenn wir stets unser Bestes gegeben haben. Und das attestiere ich Ihnen, das nehme ich auch für mich in Anspruch. Und so sage ich Ihnen nun Adieu und gleichzeitig Danke. Danke für das letzte Geschäft (*Vorlage 5313*), das Sie vor der Pause noch mit 150 zu null über die Bühne gebracht haben. Danke für die anerkennenden Worte der Präsidentin. Danke für den Silbernen Löwen. Danke für die eindrückliche und heute auch musikalisch umrahmte Zeit.

Ich wünsche Ihnen, wenn Sie auch Abschied nehmen vom Rathaus, Zufriedenheit, innere Ruhe und auch neues Glück. Und allen, die nächsten Montag in eine Legislatur starten, wünsche ich weiterhin Begeisterung und Feuer für das, was Sie hier in diesem Saal und ausserhalb dieses Saals tun. Ich wünsche Ihnen Erfolg für einen gesunden Kanton Zürich und für seine Bevölkerung. Ich danke Ihnen – adieu. (*Applaus.*)

Ratspräsidentin Yvonne Bürgin: Das Wort zur Würdigung von Regierungspräsident Thomas Heiniger hat nun der Fraktionschef der FDP, Thomas Vogel.

Thomas Vogel (FDP, Illnau-Effretikon): Als die Geschäftsleitung des Kantonsrates letzte Woche die Schweizer Botschaft in Kopenhagen besucht hat, war unschwer zu erraten, mit welchem Zürcher Regierungsrat Botschafter Wechsler (*Benedikt Wechsler*) beim Besuch der Zürcher Regierung durch Kopenhagen gejoggt ist (*Heiterkeit*). So wie man nicht Tennis spielen können muss wie Roger Federer, um diesen zu coachen, so muss ein Gesundheitsdirektor nicht zwingend an jedem Marathon in Zürich oder einem sonstwie gearteten Sportanlass selber teilnehmen. Aber ehrlich gesagt, der Glaubwürdigkeit für einen gesunden Lebenswandel schadet es natürlich ganz und gar nicht, besonders nicht, wenn man wie Thomas Heiniger 2007 mit einem Fitnessprogramm für den Kanton Zürich zum Wahlkampf angetreten ist. Und

das passte zu ihm – damals wie heute. Genauso hatte ich Thomas Heiniger als Fraktionskollegen kennengelernt, als einen, der gerade auch ernste Aufgaben mit einem positiven Sportsgeist in Angriff nimmt, einer, der kämpft – ganz freisinnig – für einen Staat, welcher Ballast abwirft, Bürokratie abbaut und Leistung und Qualität hochhält. Das Rüstzeug hast du, lieber Thomas, mitgebracht, als Rechtsanwalt und Mediator. Als im Kantonsrat klar- und gradliniger Parlamentarier und während 25 Jahren als Exekutivpolitiker in der Schulpflege, im Stadtrat und als Stadtpräsident von Adliswil.

Und dieses Rüstzeug konntest du brauchen. Du hast mit der Führung der Gesundheitsdirektion ja wahrhaftig keinen «Schoggi-Job» gefasst. Als Freisinniger musstest du ausgerechnet in einem Sachbereich wirken, welcher besonders hohe Kosten auslöst, besonders eng reguliert ist und wo jeder Liberalisierungsschritt Widerspruch von allen Seiten auslöst. Und gerade deshalb ist dein Leistungsausweis so beeindruckend. Der Kanton Zürich hat Massstäbe gesetzt in der Spitalversorgung mit Wirkung für die ganze Schweiz. Erwähnt seien hier die Spitalplanungs- und -finanzierung 2012, das Spitalplanungs- und -finanzierungsgesetz, ein Kostenniveau der Zürcher Spitäler und der Schweizer Schnitt, und der Start für die Spitalplanung 2022 ist bereits erfolgt.

Qualität und Wirtschaftlichkeit standen für dich stets im Fokus. Du hast hier schweizweite Meilensteine gesetzt. Erwähnt seien hier die Fallkosten der Spitäler, die Qualitätsanforderungen an die Spitäler, Mindestfallzahlen pro Spital und pro Operateur, Qualitätscontrolling, Qualitätsentwicklung und natürlich auch «ambulant vor stationär». Den Kampf gegen die stetig steigenden Gesundheitskosten bist du aus gesamtheitlicher Sicht angegangen und die Optimierung der Gesundheitsversorgung sowie die Schnittstellenoptimierung waren für dich ein Dauerthema. Erwähnt seien hier die Optimierung des Rettungswesens, die Umsetzung der nationalen Demenzstrategie oder die neue Notfalldienstorganisation. Gleichlange Spiesse und ausreichend Handlungsspielraum bei den kantonseigenen Spitälern waren dir wichtig. Du hast dich um Transparenz und klare Zuständigkeiten in der Spitallandschaft bemüht, um die Minderung der Rollen- und Interessenkonflikte des Kantons und um die Bedeutung der Governance mit der Umwandlung der PUK (*Psychiatrische Universitätsklinik Zürich*) und der IPW (*Integrierte Psychiatrie Winterthur – Zürcher Unterland*) in öffentlich-rechtliche Anstalten, inklusive Übertragung Immobilien, wie auch schon beim USZ (*Universitätsspital Zürich*) und KSW (*Kantonsspital Winterthur*). Die Höhe der Prämienverbilligung ist eine sozial- und finanzpolitische Frage, und es war für dich ein Muss, dass

das öffentliche Geld so bedarfsgerecht und effizient eingesetzt wird wie möglich. Die Kantone haben eine wichtige Rolle im Schweizer Gesundheitswesen, der Kanton Zürich im Speziellen. Deine Beteiligung am nationalen Diskurs war für dich selbstverständlich als Vizepräsident und dann als Präsident der GDK (*Schweizerische Konferenz der kantonalen Gesundheitsdirektorinnen und -direktoren*).

Nun, niemand gewinnt jeden Marathon, lieber Thomas, auch dir ist nicht alles gelungen, teils auch, weil deine Fraktion nicht immer an Bord war. Aber das macht nichts. Du bist dir stets treu geblieben und hast für deine Überzeugungen gekämpft. Je länger deine Amtsdauer währte, umso mehr hatte ich auch gewisses Verständnis dafür, dass ideologisch geprägte Opposition oder teils auch schlicht geringere Fachkompetenz beim Gegenüber bei dir – sagen wir mal – gewisse Ungeduld hervorgerufen hat. Frei von falscher Harmoniesucht gab es denn gelegentlich auch den einen oder anderen Strauss auszufechten, aber natürlich immer sportlich.

Du wirst deine Kompetenzen nun als Präsident von Spitex Schweiz und des Schweizerischen Roten Kreuzes einbringen. Dafür wünschen wir dir von Herzen alles Gute. Im Namen der FDP des Kantons Zürich, der Kantonsratsfraktion und des Kantonsrates danken wir dir ganz, ganz herzlich für dein grosses und ausgesprochen erfolgreiches Wirken als Gesundheitsdirektor, das uns als Freisinnige mit Stolz erfüllt. (*Applaus. Musikeinlage.*)

Verabschiedung der scheidenden Mitglieder des Kantonsrates

Ratspräsidentin Yvonne Bürgin: Nun kommen wir zur Verabschiedung derjenigen Ratskolleginnen und Kollegen, die mit der heutigen Sitzung ihr Amt niederlegen. Sie alle hätten eine ausführliche Würdigung verdient, was jedoch den zeitlichen Rahmen der heutigen Feier sprengen würde. Unter den Kolleginnen und Kollegen, die sich aus freien Stücken zum Rücktritt entschlossen haben, befinden sich zwei ehemalige Kantonsratspräsidentinnen:

Ursula Moor, 20 Jahre lang hast du in unserem Parlament politisiert. Im Amtsjahr 2007 bis 2008 warst du unsere Präsidentin. Dass du dein Wissen und deine Erfahrung noch drei weitere Legislaturen dem Kantonsrat zur Verfügung gestellt hast, dafür gebührt dir unser grosser Dank. Aber du konntest ja auch eine S-Bahn-Station für dein Dorf (*Höri*) kreieren.

Karin Egli, du wurdest vor acht Jahren in den Kantonsrat und vor zwei Jahren zur Kantonsratspräsidentin gewählt. Auch dir herzlichen Dank

für deinen verantwortungsvollen Einsatz im Dienste unseres Parlaments und natürlich auch für unsere gemeinsame Zeit auf dem Bock. Wie es die Tradition will, überreiche ich euch beiden, den ehemaligen Präsidentinnen, zum Abschied den goldgerahmten Rathausstich. Ich bitte euch, doch nach vorne zu kommen. Applaus für unsere ehemaligen Präsidentinnen. (*Applaus. Die Ratspräsidentin übergibt Ursula Moor und Karin Egli den Stich und einen Blumenstrauss.*)

Ratsvizepräsident Dieter Kläy: Ich fahre weiter mit den Kolleginnen und Kollegen, die heute auf eine besonders lange Laufbahn im Kantonsrat zurückblicken dürfen: Nach rund zwölf Jahren verabschieden sich heute Ruth Frei und Peter Uhlmann von der SVP, rund 15 Jahre setzten sich Barbara Bussmann von der SP und Katharina Kull von der FDP für unser Parlament ein. Seit 17 Jahren im Rat und in dieser Legislatur ältestes Mitglied ist Hansruedi Bär von der SVP. Noch ein Jahr länger, also rund 18 Jahre lang, arbeitete Hans Heinrich Rath von der SVP im Kantonsrat mit. Mit ihm geht übrigens der letzte im Amt verbliebene Protagonist unseres Kantonsratsfilms – dies für diejenigen, die sich noch an unseren Kantonsratsfilm erinnern. Und ganze fünf Legislaturen oder 20 Jahre war Hansueli Züllig Mitglied unseres Parlaments. Er war jeweils am Montag der Erste im Rathaus. (*Applaus.*)

Ratsvizepräsident Roman Schmid: Etwas weniger lange, aber ebenfalls mit hohem Engagement im Kantonsrat mitgewirkt haben folgende Kolleginnen und Kollegen: Von der SVP Bruno Amacker, Erich Bollinger, Anita Borer, Reinhard Fürst, Rolando Keller, Walter Langhard, Armin Steinmann und Martin Zuber, von der SP Roland Munz und Benedikt Gschwind, von der FDP Nadja Galliker, Cäcilia Hänni und Sabine Wettstein, von der GLP Andreas Erdin und von den Grünen Max Robert Homberger.

Nur aus dem Mandat aus dem Kantonsrat verabschieden müssen wir Martin Neukom. Wir begrüßen ihn nächste Woche wieder als frisch gewählten Regierungsrat. (*Applaus.*)

Ratspräsidentin Yvonne Bürgin: Liebe scheidende Kantonsrätinnen und Kantonsräte, euch allen gebührt grosser Dank und nochmals ein herzlicher Applaus für euer Wirken im Dienste unseres Kantons und Parlaments. (*Applaus.*)

Einige unter uns hatten sich bis vor rund einem Monat den heutigen Tag und die kommenden vier Jahre anders vorgestellt. Sie zogen das

für Politikerinnen und Politiker harte Los, nicht mehr gewählt zu werden. Wir alle wissen, dass für die Wahl oder Nichtwahl das eigene Dazutun alleine nicht genügt. Viele schwer zu beeinflussende äussere Faktoren entscheiden schliesslich über das Resultat. Aus den Reihen der SVP müssen wir uns verabschieden von Roland Brändli, Hans Finsler, Christian Hurter und Tumasch Mischol. Seitens SP verlassen uns Jacqueline Peter, Susanne Trost Vetter und Eva-Maria Würth. Von der FDP sind es Hans-Jakob Boesch, Olivier Hofmann, Prisca Koller und Daniel Schwab und von der EDU Peter Häni.

Dann müssen wir uns auch von den Mitgliedern der BDP-Fraktion, die es besonders hart trifft und den Kantonsrat heute in corpore verlassen müssen: Rico Brazerol, Cornelia Keller und Fraktionspräsident Marcel Lenggenhager, die seit dem Einzug der BDP in den Kantonsrat 2011 unserem Parlament angehören, und Astrid Gut, Hansruedi Knöpfli und Martin Romer, die später dazu gestossen sind. Euch allen wünsche ich, dass die ungeplante Wende in eurem politischen Wege bald neue, verheissungsvolle Perspektiven zeitigen wird.

Wir verabschieden euch mit einem Applaus des Respekts und des Dankes für das Geleistete in unserem Parlament. (*Applaus.*)

Der Kantonsrat sieht sich nach den diesjährigen Wahlen mit der einschneidenden Veränderung konfrontiert, dass künftig zwei Fraktionen weniger vertreten sein werden. Die Mitglieder der EDU-Fraktion konnten sich der SVP-Fraktion anschliessen, aber die BDP, wie bereits gehört, wird nicht mehr vertreten sein. Mit der BDP verlässt uns die gelbe Farbe aus dem Kantonsrat. Damit gebe ich das Wort ein letztes Mal dem Fraktionspräsidenten der BDP, Marcel Lenggenhager. Lieber Marcel, das Wort gehört dir.

Marcel Lenggenhager (BDP, Gossau): Besten Dank. Nun ist der Moment gekommen, vor dem ich nach dem Wahlsonntag vom 24. März 2019 am meisten Respekt, Herzklopfen und vielleicht sogar etwas Angst hatte, der Tag, an dem ich meine Fraktion in globo von Ihnen allen verabschieden darf, ja, muss; einerseits natürlich eine Ehre und andererseits ein emotional bewegender Moment.

Ich erinnere mich noch recht gut daran, als wir voller Stolz und voller Elan, wie es am kommenden Montag auch – wenn ich sie so nennen darf – die Frischlinge im Rat tun werden, als neugewählte, gleich sechsköpfige Fraktion in diesen Ratssaal eingetreten sind, von aussen etwas argwöhnisch beäugt und innerlich mit dem Gedanken, jetzt diesem Kanton die richtige Richtung zu geben, den Kanton Zürich nicht nur neu zu gestalten, nein, gleich zu verändern. Doch auch unserer-

seits beäugten wir die 174 anderen Parlamentarier und Parlamentarierinnen und waren sehr gespannt, mit wem zusammen wir diesen Kanton Zürich in die Zukunft führen würden. Ich erinnere mich auch, mit Stolz meinen Platz eingenommen zu haben, um dann in den kommenden Wochen festzustellen, dass die vorhin und zu Beginn kreisenden Gedanken relativ schnell der Ernüchterung gewichen sind. Es war ernüchternd festzustellen, dass hier drin viel geredet wird, die Mühlen sehr, sehr langsam mahlen und einem Frischling, wie ich es damals war, kam vieles suspekt vor. Was nichts anderes heisst, als dass man sich entweder auf diesen Politbetrieb einlässt oder gleich wieder geht. Wir haben uns damals dafür entschieden, nicht nur zu kommen, sondern zu bleiben.

Wir alle haben uns in den vergangenen acht Jahren auf diesen Politbetrieb mit all seinen Ecken, Kanten sowie Facetten eingelassen. Wir alle in der BDP-Fraktion haben dies nicht einfach gemacht, weil wir mussten, sondern weil Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, uns wenigstens manchmal zugehört und – wenn auch wenige Male – gar bei unseren Vorstössen gefolgt sind. Wir haben es getan, weil wir Freude, Sinn und Nutzen in unserer Tätigkeit als Kantonsrätinnen und Kantonsräte gesehen sowie auch immer wieder gespürt haben. Sicher waren die ersten vier Jahre die spannenderen, durften wir doch gleich von Beginn weg das berühmte Zünglein an der Waage sein. Ich denke, wir haben dieses Zünglein genutzt und nicht missbraucht. Wie es ist, wenn man dieses Zünglein nicht mehr ist, das haben wir in den vergangenen vier Jahren zu spüren bekommen. Es war um einiges schwieriger, sich im Parlament einzubringen und seine Überzeugungen kundzutun. Aber auch das waren vier spannende Jahre, vor allem in den Kommissionen, die wir alle zusammen nicht missen möchten.

Ganz ohne politisch zu werden, gehen wir nicht, und lassen Sie mich dazu noch wenige Worte sagen: Geschätzte Anwesende in diesem Saal – und damit meine ich nicht nur die Gewählten, sondern auch die Journalisten und die Besucher auf der Tribüne, kämpfen Sie für unseren schönen Kanton Zürich. Denn ich gebe Ihnen allen zu bedenken, dass das Vertrauen der Bevölkerung in die Politik gelitten hat. Helfen Sie alle mit – es ist eine Ihrer Aufgaben –, dieses Vertrauen wieder zurückzugewinnen. Damit wir dies erreichen, zwingt es auch den Kanton Zürich, sich föderal mehr einzubringen, um seine Interessen zu zeigen und auch durchzusetzen. Wir müssen uns mit Kantonen zusammentun, aber auch mit anderen Ländern, die unsere Werte teilen: Demokratie, Verlässlichkeit, Innovationskraft und Kooperation. Die föderalen Zuständigkeiten sind unsere Stärke, tragen Sie ihnen auch auf kantonaler Ebene Sorge. Es braucht aber auch den Respekt vor der

Gewaltenteilung. Die Politik muss immer wieder von neuem den Ausgleich suchen. Suchen wir den Kompromiss. Die Aufgabe der Politik ist es, Lösungen im richtigen Moment zu suchen und nicht in Schemen von rechts und links oder von bürgerlich und sozialistisch zu verharren. Denken Sie bei Ihren Handlungen stets daran, dass es nicht um Macht geht. Die Qualität der Achtsamkeit braucht man auch im Parlament.

Und wenn ich es hier anfügen darf: Wenn Sie schon den Umbau dieses Hauses neu angehen, dann wäre es vielleicht auch gut, an diesem Ort einen Ort der Besinnung einzurichten. Denn die Politik ist eine verrückte Branche. Das tut niemandem auf Dauer gut. Es gilt gut auf diesen Ort zu achten, schliesslich bleibt es der Ort, an dem Sie miteinander ein Stück weit leben. Denken Sie bei Ihren Handlungen, Vorstössen und Voten daran: Den Kanton Zürich gibt's nur einmal. Kämpfen Sie für ihn, für unseren schönen Kanton Zürich.

Das mag langweilig klingen, denn, wie Sie ja mindestens seit Samstag oder gestern wissen, sagen wir in der BDP: Langweilig, aber gut (*Slogan der BDP für die Nationalratswahlen 2019*), was nichts anderes heisst, als dass Vernunft leider immer noch eine Randgruppe in der Politik ist und es für die Unterhaltung halt eher dann Netflix gibt. Und ich sage es hier gerne: Für eine lösungsorientierte Politik halt einfach die BDP.

Wir von der BDP kämpfen weiter, nun aus der zweiten Reihe. Wenn wir stets gesagt haben «Wir sind gekommen, um zu bleiben», dann stimmt das natürlich ab nächster Woche oder ab dem heutigen Tag nicht mehr ganz. Aber ich sage Ihnen eines, was stimmt: Wir gehen, um wiederzukommen. In diesem Sinne ein ganz herzliches Dankeschön an alle Kolleginnen und Kollegen, die wir kennen und schätzen lernen durften, vielen Dank auch an die Regierungsräte und in Abwesenheit Regierungsrätinnen natürlich für die tolle Zusammenarbeit, Dank an die Medien, die Journalisten für ihre Berichterstattung in Wort und Bild, dies aber mit der Bitte, ab sofort und in Zukunft die Kleinen nicht nur im Sinne der Schlagzeile, sondern mehr im Sinne der Inhalte zu sehen beziehungsweise zu verstehen und dann tatsächlich auch darüber zu berichten. Ihnen allen einen ganz herzlichen Dank, auf Wiedersehen, Ciao zäme! (*Applaus.*)

Ratspräsidentin Yvonne Bürgin: Wie schnell doch manchmal so ein Montagmorgen vergeht, und erst noch schneller so ein Jahr als Kantonsratspräsidentin. Manchmal wusste ich kaum, in welcher Jahreszeit wir uns befinden. Das lag nicht nur an den vielen Terminen, sondern

am permanent sommerlichen Wetter. Im übertragenen Sinne hat bei mir bis auf wenige Ausnahmen das ganze Jahr über die Sonne geschienen.

Einige von Ihnen haben das Jahr vielleicht eher als lang empfunden – oder zumindest die Länge meiner Sitzungen. Wie bei meinem Amtsantritt angekündigt, habe ich Ausdauer verlangt, und Sie haben Sitzleder bewiesen. Ich habe Anstand verlangt und trotz Wahljahr haben sie wahre Wunder vollbracht. Hie und da war es zwar laut oder nach der Pause der Ratssaal halbleer, aber das Wort entziehen musste ich nur gerade einmal. Herzlichen Dank dafür, liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie haben von mir ein «Triple A» verdient. Rückblickend bin ich mit der Bilanz meines Amtsjahres durchaus zufrieden.

Die Länge der Traktandenliste konnte ich zwar nicht verkürzen, dazu waren Sie zu produktiv während des Wahlkampfes. Trotzdem dürfen wir stolz sein über das Erreichte. Wir haben überdurchschnittlich viele Geschäfte erledigen können, wir hatten aber auch mehr Nachmittags-sitzungen als üblich. Grund dafür war, dass wir zusätzlich zu den vielen Geschäften fünf grosse, zeitintensive Gesetzesbrocken zu beraten hatten: das Gesetz Rosengarten-Tunnel und -Tram, das Taxigesetz, die Steuervorlage 17, das Einführungsgesetz zum Krankenversicherungsgesetz und dann noch die Totalrevision des Kantonsratsgesetzes (*KRG*) inklusive Reglement (*KRR*).

Mit all den gerade erwähnten Gesetzen werden wir uns wohl weiter auseinandersetzen – egal, ob Referendum oder nicht. Dem *KRG* und dem *KRR* wurde zwar mit null Gegenstimmen bei einer Enthaltung zugestimmt, und trotzdem war es eine «Zangengeburt», das heisst, es ist unter grossen Schwierigkeiten zustande gekommen und wird nicht als völlig gelungen betrachtet. Ich bin überzeugt, dass uns einige Paragraphen im *KRG* wieder begegnen werden, unter anderem die parlamentarischen Initiativen, die sich ja – gerade in meinem Amtsjahr – grosser Beliebtheit erfreuen durften. Wie sich die von der Mehrheit des Rates gewünschte Sechs-Monate-Frist in der Praxis auswirken wird, darauf dürfen wir gespannt sein. Aus meiner Sicht definitiv eine Herkulesaufgabe für meine Nachfolger.

Mit dem Wundermittel «PI» hat das Parlament aber genauso bewiesen, dass es über sich hinauswachsen kann, wenn es brennt. Mit der Korrektur des Paragraphen 119 im Gemeindegesetz haben wir gezeigt: Wir nehmen die Anliegen der Gemeinden ernst und politische Mühlen können schnell mahlen, wenn es sein muss.

Solche Momente haben mir die grösste Freude bereitet: Wenn das Parlament in konstruktiven Auseinandersetzungen lösungsorientierte Ent-

scheide getroffen hat. Ideologische Machtkämpfe bringen nämlich unseren wertvollen Kanton Zürich nicht vorwärts.

Die neuen Mehrheitsverhältnisse werden differenzierte Diskussionen, vermehrte Absprachen und Kompromisse erfordern. Ich werde auch künftig mein Bestes geben und hoffentlich meinen gesammelten Erfahrungsschatz wirksam in meine politische Arbeit einbringen können. Es liegt mir daran, den Kanton Zürich weiterzubringen, auch wenn ich den Titel «höchste Zürcherin» nun abgebe.

An weit über 100 Anlässen durfte ich diesen grossartigen Kanton repräsentieren, viele Grussbotschaften überbringen und damit dem dritten Wort meines Credo meiner Antrittsrede entsprechen: der Ausstrahlung. In fast jeder Ecke des Kantons, an unglaublich verschiedenen Veranstaltungen durfte ich Menschen aller Altersgruppen, verschiedener Interessen und sozialer Schichten kennenlernen und ihnen hoffentlich den Kantonsrat etwas näher bringen. Die Anlässe waren so unterschiedlich, dass es unmöglich ist, eine Rangliste zu erstellen. Ich möchte nur eines meiner Highlights erwähnen, das wird sicher die Bundesratswahl vom letzten Dezember bleiben, einerseits die historische Wahl von zwei Bundesrätinnen, welche ich live mitverfolgen durfte. Und sehr berührt hat mich persönlich natürlich die Verabschiedung von Doris Leuthard, der langjährigen Ikone meiner Partei. Aber als Zürcherin war ich genauso stolz über die Wahl von Ueli Maurer zum Bundespräsidenten, was schlussendlich der Hauptgrund war, weshalb meine Vizepräsidenten und ich in Bern live dabei sein durften.

Das Jahr war spannend, lehrreich und es war mir eine Ehre, diesen Rat ein Jahr lang zu moderieren. Trotzdem gebe ich das Zepter gerne weiter, denn ich weiss, dass es in gute Hände übergeht. An dieser Stelle bedanke ich mich herzlich bei meinen beiden Vizepräsidenten Dieter Kläy und Roman Schmid. Unsere Zusammenarbeit war kollegial und sie haben mich hervorragend unterstützt. Ein überaus herzliches Dankeschön geht an meine CVP-Fraktion, die mich nominiert hat und mich bei meinem einzigen Stichentscheid während der KEF Debatte sogar mit Handzeichen unterstützen musste. Es gab tatsächlich diesen einen Moment, in dem ich nicht aufgepasst habe, weil ich bereits den Folgeantrag im Kopf hatte. Als auf dem Bildschirm das Fenster einen Stichentscheid anzeigte, konnte ich das Abstimmungsergebnis nicht mehr sehen. Zum Glück waren meine Fraktionskollegen so geistesgegenwärtig und haben mir sofort aus der Patsche geholfen, sodass ich mit meinem Stichentscheid einen «neuen Leistungsindikator zur Förderung der Qualität von Biodiversitätsförderflächen» verhindern konnte (*Heiterkeit*).

Ich danke Ihnen, liebe Ratskolleginnen und Ratskollegen, und im Speziellen meinen Kolleginnen und Kollegen der Geschäftsleitung, dass Sie mir Ihr Vertrauen geschenkt haben und zusammen mit mir in diesem Jahr durch dick und dünn gegangen sind. Sie haben jeweils mit knurrenden Mägen ausgeharrt und mitgeholfen, dass meine akribische Planung fast immer aufgegangen ist. Nur zweimal haben Sie mir mit Ordnungsanträgen einen Strich durch die Rechnung gemacht. Das waren die beiden herausforderndsten Momente meiner Zeit als Ratsvorsitzende; nicht deshalb, weil ein Ordnungsantrag kompliziert in der Durchführung ist, sondern weil ich meine Contenance bewahren musste (*Heiterkeit*). Für uns Politiker ist es eben einfacher, das Maul aufzureissen, als auf's Maul zu sitzen, und als Ratspräsidentin ist mir das, ehrlich gesagt, nicht immer leichtgefallen.

Ich danke der gesamten Regierung, auch wenn nur zwei Vertreter hier anwesend sind, aber wenigstens unter der Führung von Regierungspräsident Thomas Heiniger. Obschon wir nicht immer derselben Meinung waren, was natürlich in der Natur der Gewaltenteilung liegt, war unsere Zusammenarbeit geprägt von Wertschätzung. Besten Dank dafür.

Ein grosses Dankeschön verdient haben die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Parlamentsdienste und des Weibeldienstes für ihre unermüdliche Unterstützung. Und ebenso danke ich den Medien. Wir sind froh, dass Sie sich für unsere Arbeit interessieren und über politische Themen schreiben.

Nicht vergessen möchte ich meine Familie, die während meines Amtsjahres oft auf mich verzichten musste, mehr als einmal einen leeren Kühlschrank angetroffen hat, dank meiner Mutter aber wenigstens immer genügend gewaschene Kleidung im Schrank. Vielen, vielen Dank. Ich freue mich darauf, wieder mehr Zeit für meine Familie aufbringen zu können, sei es bei der anstehenden Berufswahl meiner drei Kinder oder für politische Diskussionen. Das Gute an meinem Amtsjahr und den Klimastreiks ist: Sie haben bei uns zu Hause zu mehr politischem Interesse geführt.

Zum Schluss wünsche ich Ihnen allen nur das Beste, dem neuen Präsidenten und allen verbleibenden Kantonsrätinnen und Kantonsräten einen guten Start in die neue Legislatur und allen anderen eine erfüllte und entspannte Zukunft auf ihrem neuen Lebensweg.

Ich schliesse ab mit Konfuzius, der so schön sagte: «Wohin Ihr auch geht, geht mit eurem ganzen Herzen.» Besten Dank. (*Applaus.*)

Josef Wiederkehr (CVP, Dietikon): Die Legislatur geht zu Ende, aber nicht nur die Legislatur, sondern auch das Präsidialjahr unserer Kantonsratspräsidentin Yvonne Bürgin. Ein sehr spezieller Augenblick für unsere Fraktion, denn selten genug kommt die CVP in den Genuss, ein Kantonsratspräsidium stellen zu dürfen. Entsprechend emotional ist auch der jetzige Augenblick. Deshalb erlaube ich mir für einmal, ein wenig unser Ratsprotokoll zu ritzen und in Schweizerdeutsch weiterzufahren (*was der Votant in der Folge auch tut*), weil es einfach besser zu diesem Augenblick passt.

Liebe Yvonne, im Namen der ganzen Fraktion danke ich dir für deinen grossartigen Einsatz, den du in diesem Jahr hingelegt hast. Ich selber kann fast nicht glauben, wie schnell dieses Jahr nun plötzlich zu Ende gegangen ist. Wir möchten dir für den grossartigen Einsatz danken, den du erbracht hast. Wie schon erwähnt, ist es selten genug, dass die CVP-Fraktion ein Ratspräsidium stellen darf. Darum war es für uns ein sehr spezieller Augenblick. Üblicherweise kommen dann die Dinosaurier in der Fraktion zum Handkuss – ich weiss, Dieter (*Dieter Kläy*) und Roman (*Roman Schmid*) verzeihen mir diesen Ausdruck. Yvonne hat zu jenem Augenblick nicht zu den Dinosauriern gehört, aber sie konnte das Vertrauen der Fraktion und auch des Rates gewinnen, weil wir sicher waren, dass du, fleissig und gewissenhaft wie du bist, dich schnell in das neue Amt einarbeiten wirst. Ich glaube, du hast den Beweis erbracht, dass du dem Vertrauen, das dir geschenkt wurde, auch gerecht worden bist.

Du hast die Erwartungen voll und ganz erfüllt, aber nicht nur als Ratspräsidentin. Ganz besonders geschätzt haben wir es auch, dass du weiterhin ein aktives Mitglied unserer Fraktion warst. Gerade in einer Fraktion, die nicht riesengross ist, war das ganz besonders wertvoll. Und man hat gemerkt, dass du die Geschäfte kennst, entsprechend konntest du dich hilfreich in die Fraktion einbringen – auch im Präsidialjahr.

Du hast den Ratsbetrieb hervorragend, aber auch sehr weitsichtig geführt, hast alles minuziös geplant. Ich glaube, gerade in diesem letzten Jahr der Legislatur war dies ganz besonders anspruchsvoll. In meinen bald eineinhalb Jahrzehnten Ratserfahrung habe ich, glaube ich, kein Jahr erlebt, das so intensiv war wie dieses. So viel Geschäfte mussten noch beraten werden, du hast es erwähnt: Steuerrevision 17, Teilrevision Richtplan, Immobilienverordnung. EG KVG, Volksinitiative zur Mehrwertabschöpfung – das Mehrwertausgleichsgesetz ist leider noch nicht beraten worden, wie gewisse Medienvertreter auch schon festgestellt haben –, aber auch das Kasernenareal oder der Rosengarten und, und, und, alles musste noch im alten Amtsjahr abgeschlossen werden.

Ganz speziell waren aber auch das Kantonsratsgesetz und das Reglement.

Du hast die Sitzungen vorausschauend und weitsichtig geplant und, wie du erwähnt hast, gab es doch zweimal auch etwas rote Köpfe, als kurzfristig die Traktandenliste, die du so genau und exakt geplant hast, umgestellt werden musste. Aber ich glaube, mindestens in einem Fall weiss ich, dass der entsprechende Fraktionschef im Nachhinein auch gemerkt hat, dass du dir bei der Planung etwas überlegt hattest und dass du nicht so falsch gelegen bist, so wie du es machen wolltest.

Du musstest aber nicht nur die Ratssitzungen vorbereiten, sondern auch die GL-Sitzungen waren zum Teil recht anspruchsvoll. Da darf ich jetzt verraten, dass ich ab und zu auf ein Handzeichen von Yvonne angewiesen war, wenn es ums Abstimmen ging, ganz besonders beim Mammutgeschäft, das wir hatten, beim Kantonsratsgesetz mit dem Reglement, das uns in manchen Sitzungen gefordert hat und das zum Teil auch heftige Diskussionen ausgelöst hat. Oder ich denke an ein anderes Geschäft, das für heftige Diskussionen in der GL gesorgt hat, an eine Studie der Uni Zürich, die kurz vor den Wahlen heftige Diskussionen ausgelöst hat. Du hast die Sitzungen gut vorbereitet. In der Regel sind sie auch speditiv abgelaufen, jedenfalls waren sie in jedem Fall sehr produktiv.

Und die dritte wichtige Aufgabe, die du wahrgenommen hast – du hast es gesagt: Bei über 100 Anlässen hast du den Kanton oder den Kantonsrat vertreten. Lieber Thomas Heiniger und Markus Kägi, ich führe hier nicht noch einmal eine Diskussion – wie beim KRG – darüber, wer nun die oberste Gewalt ist in unserem Kanton. Denn ich bin sicher, ihr seid mit uns einig: Yvonne hat unseren Kanton hervorragend gegen aussen vertreten. Einige dieser Ansprachen durfte ich miterleben, so zum Beispiel bei der kantonalen Offiziersgesellschaft, und einmal durfte ich Gastgeber sein beim Industrie- und Handelsverein Dietikon. Ich habe immer gespürt, Yvonne, du hast dich sehr genau vorbereitet. Du hast dir überlegt, wer die Zuhörerinnen und Zuhörer sein werden, sodass du ihnen auf diesem Weg auch etwas mitgeben konntest. Du hast dies hervorragend gemacht und unseren Kanton würdig vertreten.

Noch einmal einen ganz herzlichen Dank für deinen grossen Einsatz in diesem Präsidialjahr. Es freut uns in der Fraktion und mich persönlich ganz speziell, dass du, kaum ist das Amtsjahr als Ratspräsidentin zu Ende, schon die nächste grosse Aufgabe in unserer Fraktion übernehmen wirst: Du übernimmst nämlich das Fraktionspräsidium. Ganz herzlichen Dank und diesmal auch der Dank meiner Mitarbeiter und

meiner Familie, die sich auch darüber freuen. (*Applaus. Der Votant überreicht der Ratspräsidentin einen Blumenstrauss.*)

Vizepräsident Dieter Kläy: Damit Yvonne's Familie sie nun auch endlich in voller Grösse sieht, haben wir jetzt kurz die Plätze getauscht. Ich begrüsse ganz herzlich die Familie auf der Tribüne.

Wir verabschieden heute Yvonne Bürgin in ihrer Funktion als Kantonsratspräsidentin. Nicht einmal sechs Jahre sind seit deinem Eintritt in den Kantonsrat vergangen und schon blicken wir auf dein erfolgreiches Präsidialjahr zurück. Im August 2013 für den Wettermann Patrick Hächler, den ich auf der Tribüne ebenso herzlich begrüsse, nachgerückt, bist du nach zwei Jahren in der STGK (*Kommission für Staat und Gemeinden*) 2016 Mitglied der Geschäftsleitung geworden. Dazu warst du von 2015 bis 2017 zwei Jahre in der Finanzkommission, also insgesamt ein sehr reichbefrachtetes Programm.

Nach zwei Lehrjahren als Vizepräsidentin von Rolf Steiner und Karin Egli konntest du das Präsidialjahr wohl vorbereitet in Angriff nehmen. Beharrlich und mit Elan hast du dich um die Geschäftsführung des Kantonsrates gekümmert und zielstrebig – manchmal auch zackig – durch die wöchentlichen Sitzungen der Geschäftsleitung geführt. Wie immer im letzten Jahr einer Amtsperiode stieg der Geschäftsdruck stetig an, weil Regierungsrat und Kommissionen ihre Geschäfte noch abschliessen wollten. Vieles, aber nicht ganz alles, konnte erledigt werden. In deinem Präsidialjahr – wir haben es bereits gehört – kam dann auch noch die Totalrevision des Kantonsratsgesetzes hinzu. In dieser Situation brauchte es Übersicht und eine Portion Durchsetzungskraft, um trotz der Sachzwänge Prioritäten zu setzen und eine faire Geschäftsbesorgung zu gewährleisten.

«Triple A» war dein Motto, unter das du dein Präsidialjahr gestellt hast: Ausdauer, Anstand, Ausstrahlung. Dieses Motto hast du ganz klar umgesetzt. «Triple A» steht für ein sehr erfolgreiches und reich befachtetes Jahr, das wir hatten. Herzliche Gratulation für diese Leistung.

Als oberste Repräsentantin des Parlaments warst du massgeblich am Entscheid für die vierjährige Schirmherrschaft des Kantons Zürich über die ILK, die Interkantonale Legislativkonferenz, beteiligt, welche per 1. Januar 2019 begonnen hat. Du hast dich stets für ein konstruktives Verhältnis zum Regierungsrat eingesetzt, auch während der teilweise hitzigen Diskussionen über Aufgaben und Befugnisse im Rahmen des neuen Kantonsratsgesetzes. Und schliesslich hast du dich für die Schaffung der Stelle eines Kommunikationsbeauftragten einge-

setzt, um dem Kantonsrat in Zukunft eine breitere Wahrnehmung in der Öffentlichkeit zu verschaffen.

Deine repräsentativen Anlässe führten die Geschäftsleitung und die Gäste an überraschende Orte im Zürcher Oberland. Ob bei Sonnenuntergang auf der Dachterrasse des 20-stöckigen Verwaltungsgebäudes des Joweid-Areals, bei «Gschwelti» in Sternenbergr oder zwischen den Rettungsfahrzeugen von Regio144 – der Bezirk Hinwil konnte sich während deinem Präsidialjahr auf vielseitigste und beste Art präsentieren. Wer dich nach einem anstrengenden Abend voller Repräsentationspflichten noch mit Freunden und Freundinnen aus Rütli und dem Turnverein zusammensitzen sah, wusste: Yvonne Bürgin ist hier durch und durch zu Hause.

Im Kantonsrat wirst du nun zurückkehren auf einen Platz inmitten deiner Fraktion und diese als Fraktionschefin in der Geschäftsleitung vertreten und eure Interessen mit ebenso viel Herzblut wie auf dem Bock in der Interfraktionellen Konferenz vertreten. Für diese neuen Funktionen wünschen wir dir viel Erfolg. Wir danken dir herzlich für dein Engagement während deines Präsidialjahres.

Als Zeichen der Wertschätzung und als Geschenk darf ich dir zusammen mit einem Blumenstrauss den Silbernen Löwen des Kantons Zürich überreichen und dir weiterhin alles Gute und viel Erfolg wünschen. *(Applaus. Der Ratsvizepräsident überreicht der Ratspräsidentin den Silbernen Löwen und den Blumenstrauss. Musikeinlage.)*

Ratspräsidentin Yvonne Bürgin: Weil wir so gut in der Zeit sind, frage ich jetzt die Musik doch noch an: Sie hätten, glaube ich, noch ein fünftes Stück vorbereitet, aber ich musste es kürzen. Aber Sie sind so spontan. Ich glaube, Sie alle würden sich auch noch über eine Zugabe freuen. Herzlichen Dank. Wir hören noch das letzte Stück und anschliessend mache ich die Sitzung fertig. Ein letztes Stück.

(Musikeinlage.)

Vielen herzlichen Dank den Taschensymphonikern. Wir haben nun auch das Saxofon noch gehört, was mich jetzt sehr gefreut hat.

Neu eingereichter parlamentarischer Vorstoss

- **Ärzte im Kanton Zürich – sind wir überversorgt?**
Anfrage Astrid Furrer (FDP, Wädenswil)

Einladung zum Apéro

Ratspräsidentin Yvonne Bürgin: Sie sind nun alle herzlich zum Apéro eingeladen. Ich schliesse hier die Sitzung und wünsche Ihnen alles Gute.

Schluss der Sitzung: 12.05 Uhr

Zürich, den 29. April 2019

Die Protokollführerin:
Heidi Baumann

Von der Protokollprüfungskommission der Geschäftsleitung genehmigt am 13. Mai 2019.